

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensezer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Preisgestaltung und Profit.

Wer gelegentlich ins Kino geht, wird sich erinnern, in welcher eindrucksvollen Weise die moderne Filmtechnik die Schauer wahnsinnsgleicher Angst wiederzugeben vermag, wie ein von Höllenschrecken gepeinigter Mensch in qualvollem Zittern die Rufe: „Hilfe! Hilfe!“ ausstößt, wie diese zwei Worte zuerst klein und vereinzelt auf der Leinwand erscheinen, dann immer größer und vielfältiger werden, bis sie in wirrer Hast über den Rand der Leinwand hinaus gleichsam auf den Zuschauer losstürzen und ihn an die Brust greifen. Hier ist es die Todesangst, mit deren Darstellung der Filmdichter unser seelisches Gleichgewicht zu erschüttern sucht. Aber warum versucht er nicht die gleiche oder vielleicht noch stärkere Wirkung mit der zermalmenden Wiederholung weniger plötzlicher, aber unerbitlich regelmäßig auftretender Angst zu erzielen?! Er schildert doch einmal den Gemütszustand der Frau eines Arbeitslosen, der beim täglichen Einkauf hinter allen Preisstafeln das böse Wort „Teuerung“ entgegenrinf. Er versuche überhaupt einmal das „Drama der Teuerung“ zu schreiben. Das Dramatische möge er dabei allein besorgen, an dieser Stelle sei er nur über die Technik der „Geseße“ unterrichtet, die die Preisfrage diktiert.

In unserer modernen Wirtschaft, in der die Menschen nicht mehr wie in alten Zeiten alle Lebensbedürfnisse durch ihre eigene Tätigkeit befriedigen, sondern durch Tausch vollziehen müssen, wird nicht mehr Ware gegen Ware, sondern Ware gegen Geld und Geld gegen Ware ausgetauscht. Und nun entsteht die große Frage: In welchem Verhältnis? Wieviel Geld muß ich hingeben, um etwas zu kaufen, und wieviel erhalte ich, wenn ich verkaufe?

Gewöhnlich wird gesagt, der Preis richte sich nach Angebot und Nachfrage; das sagt aber nur, daß die Preise Schwankungen unterworfen sind. Gesagt wird nicht, um welchen Punkt die Preise schwanken und daß sie sich von diesem Punkt normaler Weise nie sehr weit entfernen. Dieser Punkt ist der sogenannte kapitalistische Produktionspreis. Er setzt sich zusammen aus den Produktionskosten der Ware und aus dem Profit. Produktionskosten sind die Kosten des Rohmaterials, Regiespesen aller Art und der Arbeitslohn. Was aber ist der Profit, wenn wir die Entlohnung für jede zur Herstellung des Produkts geleistete Arbeit — auch die von Direktoren, ja selbst von Unternehmern — unter die Produktionskosten rechnen?

Zweifellos ist es ein arbeitsloses Einkommen. Aber wie entsteht es? In den ältesten primitiven Gemeinwesen, in denen alle Mitglieder wirtschaftlich und sozial gleichgestellt waren, gab es kein arbeitsloses Einkommen. Erst Eigentums- und Machtverschiedenheiten, die sich im Laufe der Geschichte entwickelten, beseitigten die ursprüngliche Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; sie teilten die Menschen in Ausbeuter und Ausgebeutete, sei es durch physische Gewalt, wie im Altertum — man denke an die Sklaverei — oder durch die in juristische Künste eingepökelte Ungleichheit des Mittelalters; der leibeigene Bauer war damals nach dem geltenden „Recht“ zu Abgaben und Fronarbeit gezwungen. Im Nebel verborgen und daher von ihren Nutznießern bestritten ist die Ausbeutung jedoch erst, seitdem durch die Große französische Revolution und die mitteleuropäischen Revolutionen des Jahres 1848 die militärisch-despotisch-feudale Gesellschaftsordnung durch die „grundsätzlich“ auf der Rechtsgleichheit beruhende bürgerliche Gesellschaft abgelöst worden ist.

Wie kann es in einer solchen Gesellschaft noch Ausbeutung geben? Stehen denn nicht alle Menschen einander gleichberechtigt gegenüber? Das lehrt die stimmung, aber darauf allein kommt es nicht an. Die Ausbeutung ist trotzdem nicht verschwunden. Karl Marx hat uns gezeigt, wie an Stelle der Macht- und Rechtsmonopole früherer Zeiten — Monopol heißt: Alleinverfügungsrecht — das Besitzmonopol der Kapitalisten, das Alleinverfügungsrecht über die Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, Rohstoffe usw.) getreten ist. Das zwingt die Proletarier, die Besitzlosen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu verkaufen. Damit aber fällt den Kapitalisten auch die Macht zu, den Arbeitern einen Teil des vollen Arbeitsertrages vorzuenthalten. Und dieser den Arbeitern abgepreßte Teil des vollen Arbeitsertrages führt den Namen Profit.

Wenn wir nach dieser theoretischen Untersuchung nunmehr die geschichtliche Entwicklung der Preise bis in die Gegenwart verfolgen wollen, so dürfen wir nicht vergessen, vorher darauf aufmerksam zu machen, daß das Steigen und Fallen der in Geld ausgedrückten Preise natürlich auch von der Veränderung des Geldwertes beeinflusst wird. Im Laufe der Geschichte hat es infolge der ständigen Revolutionierung der Gold- und Silberproduktion, der Auffindung neuer und des Versiegens alter Fundstätten ganz bedeutende Veränderungen des Geldwertes gegeben.

Den Beginn der Markt- und Geldwirtschaft setzt man etwa mit dem Jahre 1250 an. Von der Mitte des 13. bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts hatte man feste Preise. Das war die Zeit, in der Rudolf von Habsburg deutscher Kaiser wurde und seine Söhne zu Herren von Oesterreich machte, in der die Schweizer Eidgenossenschaft entstand, in der die Grafen von Luxemburg Könige von Böhmen wurden und einer der ihrigen, Karl der Vierte, die deutsche Kaiserwürde erlangte. Das ist aber auch die Zeit, in der man unter Einfluß der Kirche vom Preise verlangte, daß er „gerecht“ sei. Dazu zwei charakteristische Sprüche:

„Ein Kaufmann muß sich wohl in acht nehmen, daß er mit dem Preise niemand beleidige, welches geschieht, wenn er eine Sache zu teuer verkauft.“

Ein Kaufmann muß seine Ware nicht verschleudern, das ist sie unter dem gewöhnlichen Preise, ja wohl gar unter dem Preise des Einkaufs oder was sie ihn selbst gekostet, hingeben. Solches geschieht wohl — z. B. aus „Professionsneid“ — damit er alle Käufer an sich ziehen möge und also seinem Nebenbürger, aber auch zugleich sich selbst zum Schaden verkaufe, inmaßen solches keinen Segen bringt.“

In der darauffolgenden Zeit bis etwa 1500, also um die Zeit der Hussitenkriege, der Erfindung der Buchdruckerkunst, der Schweizer Unabhängigkeit, sanken die Warenpreise von ihrer früheren Höhe herab; aber dann stiegen sie wieder in einem Maße, wie man es bis in die Gegenwart nicht wieder beobachten konnte. Im 16. Jahrhundert, dem Zeitalter der Reformatoren, der ersten Türkenbelagerung Wiens, der deutschen Bauernkriege, der Angliederung Böhmens und Ungarns an Oesterreich, hat sich beispielsweise der Getreidepreis in Europa verdoppelt bis vervierfacht. In den nächsten 100 Jahren, einer Zeit, in der der Dreißigjährige Krieg wütete, Galilei lebt, die Vereinigten Staaten von Amerika besiedelt werden und Ludwig XIV. Frankreich zum Mittelpunkt Europas macht, standen die Preise still, während sie von 1750 bis 1815, der

Zeit Napoleons, Goethes, der Erfindung der Spinnmaschine und des erstarkenden Frühkapitalismus, aber auch des letzten deutschen Herrenprozesses, wieder steigende Tendenz zeigten. Die Zeit der politischen Reaktion dagegen war bis 1840 von einem Rückgang der Preise begleitet.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts näherten wir uns infolge Zunahme der kaufmännischen Kenntnisse und Fertigkeiten einer zunehmenden Ausgleiche der Warenpreise. Die Kunst, die Geseßungskosten richtig zu kalkulieren, war noch am Ende des 18. Jahrhunderts nicht sehr verbreitet, da nicht viele Menschen richtig rechnen konnten. Immerhin erklärte damals ein italienischer Großkaufmann als Pflicht seines Standes, jeden Vertrag und jeden Geldein- und -ausgang aufzuschreiben: „es stünde dem tüchtigen Geschäftsmann wohl an, wenn er immer die Hände mit Tinte beschmiert habe“.

Und wenn wir nunmehr einen Blick auf die Preisentwicklung in der Gegenwart werfen, so müssen wir sagen, daß das Geseß von Angebot und Nachfrage, das die Preisschwankungen regeln soll, nur noch unter besonderen Einschränkungen gilt. Seit doch heute der Unternehmer vielfach den Preis einseitig fest, wie die Aufschrift „feste Preise“ im Detailhandelsgeschäft den Kunden belehrt, oder dort, wo bei Markenartikeln die Einhaltung des vom Fabrikanten vorgeschriebenen Preises durch den Detailhändler durch Strafmaßnahmen erzwungen wird. Noch viel mehr aber wird eine einseitige Beeinflussung der Preise, und zwar nach oben, durch den Zusammenschluß aller einem Produktionszweig angehörenden Unternehmer, durch das Kartell herbeigeführt. Da hat das Deutsche Institut für Konjunkturforschung vor kurzem die nach Angebot und Nachfrage auf dem Markt gebildeten Preise der industriellen Rohstoffe und Halbwaren mit den durch Kartelle geregelten Preisen der gleichen Waren verglichen. Nimmt man das Jahr 1925 als Ausgangspunkt, so waren die „geregelten“ Preise während der ganzen Zeit höher als die „freien“: während die „freien“ Preise bis Januar 1927 um 15% zurückgingen, sind die „geregelten“ Preise nur um 2½% gesunken. Und während dann die „freien“ Preise um 8% gestiegen und im Juli 1928 noch immer um 7% niedriger sind als 1925, haben die „geregelten“ Preise wieder beinahe den Stand von 1925 erreicht.

Nun aber wäre die Preisfrage zu stellen, wie man, um die Bedürfnisfrage der Menschen zu verbessern, den Bestandteil „Profit“ aus den Preisen herausnehmen und diese dadurch auf die Selbstkosten herabdrücken könnte. Die Antwort lautet: Die Abschaffung der Profite ist nur durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel, also durch ihre Ueberführung in den Besitz der Gesamtheit möglich. Dann wäre jedoch auch noch ein anderes möglich. Heutzutage steigt nämlich der Marktpreis jeder Ware immer so hoch, daß auch dem unmodernsten Betrieb noch der Durchschnittsprofit verbleibt und für alle modernen Betriebe außer dem Durchschnittsprofit noch Extraprofite entstehen. Eine sozialistische Planwirtschaft, die die Waren zum durchschnittlichen Selbstkostenpreis abgibt, kann also die unmoderneren Betriebe lahmlegen, indem sie den Selbstkostenpreis der kapitalistischen Wirtschaft unterbietet.

Wir haben zu Beginn dieses Aufsatzes ein Kinedrama über die Teuerung vorgeschlagen. Wie wäre es, wenn der Autor das Stück mit folgenden Szenen enden ließe: Im Saale der Getreidebörse sieht man

die Börsenbesucher aufgeregt und zappelnd miteinander Geschäfte abschließen. Da stürzt mit allen Zeichen des Entsetzens ein Börsianer aus einer Telephonzelle hervor und verkündet, die Regierung habe soeben die Sozialisierung des Getreidehandels beschlossen. Daraufhin allgemeine Aufregung, ein Mann fällt in Ohnmacht; während man noch sieht, wie Sanitätsdiener ihn auf einer Tragbahre aus dem Saale tragen, erschneit, zerschneit verschommen, dann immer deutlicher sichtbar, das letzte Bild: Hunderttausende von Arbeitern marschieren am Parlamentsgebäude vorüber, es wimmelt von roten Fahnen und Standarten; auf einmal steigt ein Riesensflugzeug auf, dessen Riesenleit mit den drei Worten bemalt ist: So c h d e r S o z i a l i s m u s ! Das wäre eine Schlussszene, der kommenden Entwicklung gut vorausgeahnt, einer Entwicklung, die Unternehmerprofite ausschaltet und die Preisfrage in natürliche Bahnen drängt.

Die Konzentration des Aktienkapitals im Baugewerbe.

Die Konzentration des Aktienkapitals im Baugewerbe hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Die Entwicklung verläuft in der Richtung, daß die Zahl der Aktiengesellschaften sich verringert, während das Kapital der Gesellschaften immer größer wird. Im Jahre 1929 war diese Tendenz besonders stark hervorstechend. Seit 1925 hat die Zahl der Aktiengesellschaften im Baugewerbe um 23 abgenommen, davon allein 4 im Jahre 1929. Dagegen ist das Kapital der Gesellschaften in dem gleichen Zeitraum um 6 Millionen Mark gestiegen. Folgende Tabelle zeigt Bestand und Nominalkapital der Aktiengesellschaften Ende der Jahre:

	Zahl	Kapital
		Millionen Mark
1925	216	175
1928	197	178
1929	193	181

Das Durchschnittskapital je Gesellschaft betrug 1925 811 000 M., 1928 903 000 M. und 1929 rund 937 000 M. Es ist gestiegen von 1925 bis Ende 1929 um 126 000 M. je Gesellschaft im Durchschnitt. Man sieht daran, daß die Ansammlung des Aktienkapitals in wenigen Händen im Baugewerbe sprunghafte Fortschritte macht. Allein von Anfang bis Ende 1929 stieg das Nominalkapital je Gesellschaft um rund 34 000 M.

Das Statistische Amt stellt fest, daß sich die Konzentration des Kapitals auf Kosten der kleinen Gesellschaften entwickelt. Während die kleinen Aktiengesellschaften in den in der Aufstellung angeführten der wichtigsten Gewerbegruppen umfassenden Wirtschaftszweigen um 2 Prozent abgenommen haben, nahmen die mittelgroßen und großen Gesellschaften um je 1 Prozent zu. Dabei ist noch besonders bemerkenswert, daß die Kapitalvermehrung bei den großen Gesellschaften den größten Fortschritt gemacht hat. Die großen Gesellschaften fressen die kleinen.

Aus der Aufstellung über die Kapitalgröße der Aktiengesellschaften ist zu ersehen, daß Ende 1929 im Baugewerbe vorhanden waren 9 Gesellschaften mit einem Kapital bis 5000 M., 26 Gesellschaften mit einem Kapital von über 5000 bis 50 000 M., 27 Gesellschaften mit über 50 000 bis 100 000 M. Kapital, 65 Gesellschaften mit über 100 000 bis 500 000 M., 25 Gesellschaften mit über 500 000 bis 1 Million Mark, 33 Gesellschaften mit über 1 Million bis 5 Millionen und 8 Gesellschaften mit über 5 bis 20 Millionen Mark Kapital. Auf die acht größten Gesellschaften entfällt ein Durchschnittskapital von 10,3 Millionen Mark je Gesellschaft.

Die Zahlen sind ein sprechender Beweis dafür, daß sich das Kapital in steigendem Maße konzentriert. Der wirtschaftliche Druck, der dauernde Krisenzustand fördern diese Entwicklung. Es ist die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung, den kleinen Unternehmer zu vernichten, die Masse der Lohnarbeiter zu vermehren. Die großen Gesellschaften wachsen sich zu mächtigen Giganten aus, neben denen sich das kleine Unternehmen und das selbständige Handwerk, das bislang noch recht und schlecht seinen Mann ernährt hat, nicht halten kann. Eine Neugründung mit geringem Kapital ist von vornherein dem Tode geweiht. Das auch im Baugewerbe, wo das kleine Unternehmen noch stark vertreten ist, die Entwicklung auf die wachsende Konzentration des Kapitals hinausläuft, ist durch die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung bedingt.

Es ist bezeichnend, daß im Jahre 1929 im Baugewerbe 10 Gesellschaften mit einem Kapital von zusammen 2,5 Millionen Mark gegründet wurden. Durchschnittlich entfällt auf jede Gesellschaft ein Kapital von rund 260 000 M. Die Gesellschaften nahmen im Laufe des Jahres eine Kapitalerhöhung von durchschnittlich noch einmal 200 000 M. vor. Es ist dies eine schematische Aufstellung, die die Kapitalverchiebung und die Fusionierung bei den einzelnen Gesellschaften unberücksichtigt läßt; sie zeigt uns aber, mit welchen ungeheuren Mitteln heute Neugründungen vor sich gehen. In Konkurrenz gerieten 1929 nur 2 Gesellschaften, der Auflösung verfielen 13 Gesellschaften. Diese Gesellschaften arbeiteten mit einem Kapital von insgesamt 6 Millionen Mark. Man sieht hieran, mit welcher ungeheuren Mitteln heute das Kapital arbeitet und wie es sich konzentriert. Die Macht des Kapitals wird immer größer. Auf der Seite der Arbeiter löst dies die Notwendigkeit aus, sich fester denn je zusammenzuschließen. Der wachsenden Konzentration des Kapitals ist eine machtvolle Organisation entgegenzustellen.

Der neue Weg der englischen Gewerkschaften.

Die revolutionäre Periode, die 1918 dem Krieg folgte und Sieger wie Besiegte erfaßte, erzeugte auch in England gar sonderbare Verhältnisse. Von allen Völkern begriff das englische Volk am wenigsten, daß durch die erschütternden Ereignisse von 1914 bis 1918 die Welt von Grund auf umgedeutelt wurde. England blieb wohl Sieger, seine Industrie aber war geschwächt, das gesellschaftliche Leben aus den Fugen gerissen. Politisch freilich wurde in England nichts geändert. Das staatliche Leben war intakt geblieben. Es gab keine Verfassungskämpfe, kein Streit um die

Farben der Reichsflagge; die englische Demokratie wurzelte seit langem fest in der Volksseele. Seit Jahrzehnten steht das englische Königtum „über den Parteien“, hat auf den Gang des politischen Geschehens keinerlei Einflüsse. Nicht der König — der nur Apotheose ist — hatte „den Krieg gewonnen“, sondern Lloyd George, der aus dem Volke emporgestiegene Staatsmann, der dann im Siegesrausch die politische Macht im reaktionären Sinne ausübte. Dieser Mißbrauch der staatlichen Gewalt trieb die Gewerkschaften zum revolutionären Syndikalismus, teilweise sogar zum Bolschewismus. Eine Zeitlang erweckte es den Eindruck, als ließen sich die Gewerkschaften von den Ereignissen treiben. Es entstand ein Zickzackkurs schlimmer Art. Manchmal schien es, als beständen zwischen den Führern der Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zu denen der Arbeiterpartei die größten Widersprüche. Das war um so unverständlicher, als doch in England die politische Arbeiterpartei in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der Gewerkschaften besteht, die Kongresse beider Körperschaften vielfach mit denselben Arbeitervertretern besetzt werden. Wie war diese Zwitterstellung zu erklären? Auch in England gab es viele, die glaubten, der Parlamentarismus habe ausgepielt. Das politische Räteystem trieb auch in England sein Unwesen. Man glaube, die Tage der kapitalistischen Herrschaft seien gezählt. Wie illusionär diese Schlussfolgerung war, erkennt man daran, daß heute selbst kommunistische Schriftsteller von Ruf zugeben: „Es wäre sinnlose Blindheit, die Tatsache der ökonomischen und politischen Stabilisierung des Kapitalismus im Vergleich zu der Situation in den ersten Nachkriegsjahren leugnen zu wollen!“ (E. Varga, „Die Wirtschaft der Niedergangsperiode des Kapitalismus nach der Stabilisierung“, Seite 11.) In England überhäufte man noch die Möglichkeit des wirtschaftlichen Kampfes, glaubte durch ihn politische Umwälzungen erzwingen zu können. Am Beginn der eigenartigen Bewegung ragte der sogenannte Dreibund hervor, eine Art Allianz zwischen den Verbänden der Eisenbahner, Verkehrs- und Kohlenbergarbeiter. Schon beim Streik der Bergarbeiter 1921 brach der Dreibund lang- und klanglos zusammen. Es ist natürlich leicht, von „Verrat“ der Führer zu reden, wie das die Kommunisten tun. Fest aber steht, nicht den Führern fehlte der Mut im entscheidenden Augenblick, aber die Masse, im gegebenen Falle die Eisenbahner, war nicht bereit, den Führern zu folgen. Warum? Es handelte sich um einen Sympathiestreik für die Bergarbeiter, der Dreibund erwies sich als lönerner Popanz.

Den Höhepunkt erreichte die spezifischsyndikalistische Bewegung 1926 beim Generalstreik, der gleichfalls zusammenbrach. Will man eine Lehre aus all den Irrwegen der englischen Bewegung ziehen, so ist es diese: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung war eben doch stärker, als in den ersten Nachkriegsjahren angenommen wurde. Außer in Rußland gelang das bolschewistische Experiment nirgendwo. In Italien kam der Faschismus gerade deshalb zur Macht, weil es im Jahre 1920 den Arbeitern nicht gelang, die von ihnen besetzten Fabriken zu verwalten. Trotz aller revolutionären Aufwallungen ist es nicht so einfach, die bestehende Weltordnung aus den Angeln zu heben. Zwar nahm die Bewegung in England nicht die Formen von Italien an, doch sind die zu ziehenden Schlussfolgerungen dieselben. — Für die meisten Beobachter des englischen Lebens war es nicht leicht, die Stellung der englischen Gewerkschaften immer zu verstehen. Dieselben Führer, die noch kurz vor dem Generalstreik von der „Einheitsfront“ mit den Bolschewikern träumten, sprachen nun plötzlich vom „Wirtschaftsfrieden“, plädierten für einen „Burgfrieden“. Und das Unbegreiflichste des Unschwanges war, „Burgfrieden“ predigte man zur Zeit, wo die konservative Regierung aus Rache für den Generalstreik ihre koalitionsfeindliche Gewerkschaftsvorlage im Parlament zum Gesetz erheben ließ. Was gab Anlaß zu diesem geradezu erstaunlichen Umschwung? Ein Blick auf die deutsche Geschichte gibt den Schlüssel hierzu. Trotz aller revolutionären Aufwallungen, die Deutschland durchzumachen hatte, vergaßen es die deutschen Gewerkschaften nicht, eine Gewerkschaftsgesetzgebung zu schaffen, die einzigartig ist. In der deutschen revolutionären Epoche hörte man wohl häufig die Klage, die Revolution sei zu einer Lohnfrage herabgedrückt worden. In der Tat ist das bis zu einem gewissen Grade richtig. Die Lohnfrage war das Ergebnis einer „Ursache“. Was in den ersten Tagen der Revolution geschah, war die Schaffung eines Tarifrechts, Schlichtungs- und Betriebsratswesens. Die Sucht zum Putsch verpuffte schließlich, was aber von Dauer war, das war die Gewährleistung des Tarifrechts samt dem Schlichtungswesen durch und in der Reichsverfassung. Heute darf jeder deutsche Gewerkschafter mit Stolz auf diese Errungenschaften der deutschen Revolution zurückblicken. Wohl hatten die meisten von uns vor dem Kriege ihre Hoffnungen auf die Eroberung der politischen Macht gesetzt, nun aber stellte sich heraus, daß es wichtiger sei, den Kampf um die wirtschaftliche Demokratie zu führen.

Auch in England tobte in den ersten Nachkriegsjahren der Kampf um die wirtschaftliche Demokratie. Es wurden die „Wirtschaftsräte“ geschaffen, als Mittel zur Einleitung der Demokratisierung der Wirtschaft. Was man jedoch vergaß, war, dem Betriebsratswesen eine gesetzliche Grundlage zu geben. — Als die englischen Gewerkschaften 1927 die „Kriegsphilosophie“ abstreiften, fingen sie den in 1919 gezeichneten, aber fallengelassenen Faden wieder auf, griffen auf das deutsche Beispiel zurück. Das alles scheint paradox. Blicken wir Deutsche vor dem Kriege nicht auf die Bücher der Sidney und Beatrice Webb wie auf eine Bibel? Jawohl, unser Streben war es, ein Gewerkschaftsrecht nach englischem System aufzubauen. Und nun nach der Revolution sollten sich mit einem Male die Rollen zugunsten Deutschlands so gründlich vertauscht haben? So sonderbar es auch klingt, es ist so! Der englische Umschwung vollzog sich in typisch britischer Art und Weise. Auf die Katastrophentheorie des Generalstreiks 1926 folgte der bekannte Mond-Turner-Ausbruch, der durch eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum die Demokratie in der Wirtschaft einführen sollte. Es war in der Tat ein Sprung von einem Extrem ins andere. Ob der Versuch gelingen wird, wagen wir nicht zu behaupten. Vielleicht wählen die englischen Gewerkschaften den falschen Weg. Besser wäre es sicherlich gewesen, sich nicht zu viel auf den guten Willen der Unternehmer zu verlassen. Wie in Deutschland hätte man die Gesetzgebung zu Hilfe nehmen

müssen. Das tat man nicht. Nach langem Zögern haben sich nun zwar die Unternehmerorganisationen entschlossen, im Sinne des Mond-Turner-Ausschusses zu arbeiten, von praktischen Erfolgen hört man bis jetzt nichts. Das zu lösende Problem ist auch nicht so leicht. Kurz gesagt, kann es auf folgende Formel gebracht werden: Kann die sehr aus dem Leim gebrachte Wirtschaft mit Hilfe der Rationalisierung, die wiederum durch Verständigung zwischen Unternehmer- und Gewerkschaftsorganisationen bewerkstelligt werden soll, wieder auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht werden? Kann die für England so notwendige Rationalisierung ohne erhöhte Arbeitslosigkeit erzielt werden? — Es gibt nur wenige Unternehmer, die an solche Möglichkeiten glauben. Für sie ist der einzig gangbare Weg einfach: verlängerte Arbeitszeit und verkürzte Löhne. Ueber allem steht das ernste Bemühen der Gewerkschaftsführer: man will der Industrie wieder auf die Beine helfen. Trotz allem Internationalismus ist das A und O aller Volkswirtschaft. Auch der verbissenste Kommunist, der mit fanatischer Ueberzeugungstreue den vielen — manchmal sehr widerspruchsvollen — Parolen folgt, sieht es immer noch lieber, wenn die Fabrikschornsteine rauchen als wenn sie nicht rauchen.

Die englische Gewerkschaftsbewegung weiß, daß die englische Industrie neue moderne Formen braucht. Reorganisation tut not. Wie aber soll das Problem gelöst werden, durch Verständigung mit den Gewerkschaften oder gegen die Gewerkschaften? Das ist die große Frage der letzten drei Jahre. Das ist es auch, was die Gewerkschaften dazu drängte, den neuen Weg einzuschlagen.

Masse und politische Entwicklung.

„Die Führer haben die Masse verraten. Zwischen Führer und Masse gibt es immer weniger Berührungspunkte“. Diese und ähnliche Weisheiten werden heute mehr denn je von gewissen Kreisen verzapft, um nach der Methode: „Halte den Dieb“ besser im trüben fischen zu können. Nun sei ohne weiteres zugegeben, daß es in jedem Lager „Führer“ gibt, die ihren Beruf verfehlt haben. Jedoch in den Gewerkschaften, wo es weniger auf Maulscherelei und bedeutend mehr auf praktische Arbeit ankommt, werden diese Art „Führer“ bald erkannt und kaltgestellt. Diese Sorte „Führer“ kann sich am längsten nur dort halten, wo von ihrer Tätigkeit praktische Ergebnisse nicht erwartet werden.

Es handelt sich bei solchen Schlagworten in der Hauptsache um künstlich gesätes Mistrauen. Jedem Einflüchtigen ist ohne weiteres klar, daß sich nicht nur zwischen Führer und Masse, sondern auch in der Masse selbst gegenüber der Vorkriegszeit manches geändert hat. Als die moderne Arbeiterbewegung im Entstehen und in der ersten Entwicklung begriffen war, stand sie dem Staate ablehnend gegenüber. Diese Stellung wurde der Arbeiterbewegung von dem damals vollkommen arbeitsfriedlichen Staate aufgezwungen. Die junge Arbeiterbewegung besaß keine Einflußmöglichkeiten auf den Staat. Sie mußte im Gegenteil dem Staate gegenüber ihr Dasein verteidigen. Bis zum Ausbruch des Krieges hatte sich darin fast gar nichts geändert. Im Gegenteil: Just im Januar 1914 holte das reaktionäre Scharfmachertum zu neuen Schlägen gegen die Gewerkschaften aus. Der dadurch erzeugte absolute Mangel an praktischer staatspolitischer Betätigung mußte dazu führen, daß Führer sowohl wie Masse ihre Haupt Hoffnung auf die Erreichung des sozialistischen Endzieles setzten. Und dieses Endziel ließ sich nach der Revolution aus verschiedenen Gründen nicht restlos verwirklichen. Nichterfüllte Hoffnungen wirken aber auf bestimmte Arbeiterschichten immer radikalierend. Diese Tendenz wurde durch die Not der Zeit, die immer ein schlechter Berater ist, noch verstärkt. Nach der Revolution stand die Arbeiterschaft vor der Wahl, entweder positiv im Staate mitzuwirken oder — was dem Bürgertum sehr recht gewesen wäre — diesem die Regierungsgeschäfte allein zu überlassen. Man entschloß sich zu dem ersteren, zumal sich romantische Gedankengänge in Deutschland leider nicht verwirklichen lassen. Und diese Mitarbeit und Mitverantwortung im Staate war für die Arbeiterbewegung eine Belastung. Während der größte Teil der Arbeiterschaft bereit war und heute noch bereit ist, unter annehmbaren Bedingungen die Mitverantwortung im Staate zu übernehmen, wich ein anderer Teil dieser Belastung aus. Er setzte im alten Fahrwasser weiter, obwohl sich die politischen Verhältnisse von Grund auf geändert hatten. Man muß diesen der Verantwortung ausgewichenen Arbeiter immer wieder sagen, daß die Arbeiterschaft heute doch etwas mehr als nur ihre Ketten zu verlieren hat.

Als sich dann die Geister getrennt hatten, wurde dieser Spalt durch den Selbsthaltungstrieb und maßlosen Ehrgeiz einzelner Führer immer mehr erweitert. Diese Feststellung ist nicht gerade angenehm, sie läßt sich aber nicht ableugnen. Nur durch fortgesetzte Aufklärungsarbeit kann dieser auch für die Gewerkschaften unangenehme Zustand überwunden werden. Oft aber verstehen auch jene Arbeiter, die die Mitarbeit im Staate wollen, die Politik ihrer Führer nicht mehr. Dies erklärt sich daraus, daß jene Kreise der Arbeiterschaft, die durch die Staatsumwälzung mit dem Staatsleben in nähere Berührung, zu praktischer Mitverantwortung gekommen sind, nunmehr manches anders beurteilen als die hinter ihnen stehende Masse. Es ist eine Tatsache, daß der gesellschaftliche Unterbau sich schneller entwickelt, als große Teile des gesellschaftlichen Überbaues mitkommen können. Hieraus mögen oft Konflikte zwischen Führer und Masse entstehen.

Der heutige Staat ist nicht organisch gewachsen, er ist durch die Staatsumwälzung geschaffen worden. Für das Denken vieler Menschen kam diese Entwicklung etwas zu schnell. Sie sehen sich plötzlich Verhältnissen gegenüber, die sie nicht fassen können und deshalb bekämpfen. Die einen möchten wie die Schafe wieder zurück in den alten muffigen Patriotenstall, wo der Hirt für sie dachte, die anderen laufen mit den Köpfen gegen die Wand. Abhilfe ist nur möglich, wenn die Arbeiterschichten, die heute noch der Pfeife eines jeden Rattenfängers folgen, an unserem Staatsleben interessiert und an politisches Denken gewöhnt werden. Die Gewerkschaften haben die Notwendigkeit dieser Bildungsaufgabe längst erkannt. Die Mittel, die sie für Bildungszwecke ausgeben, nehmen heute in ihren Etats einen immer größeren Raum ein. Eine der vornehmsten Aufgaben jeder Gewerkschaft ist heute,

Wissen zu vermitteln. Und je schwieriger es eine Gewerkschaft durch die politische oder weltanschauliche Zerrissenheit der Bevölkerung hat, um so wichtiger ist die Heranbildung eines möglichst großen Funktionärstabes, der nicht nur dem Namen nach, sondern auch tatsächlich Funktionäre umfaßt. Schaffen wir uns diese Funktionäre! Dann wird man sich auch verstehen lernen. Und dann werden die Gegensätze in der Masse und zwischen Masse und Führer, wo solche bestehen, bald verschwinden!

Weiterer stürmischer Aufstieg der Arbeiterbank.

Trotz allem Vertrauen in die gute Sache hätte wohl niemand eine so gute Entwicklung der Arbeiterbank vorausgesehen. Eine 18fache Steigerung der Einlagen, eine 16fache Steigerung des Umsatzes und eine 15fache Steigerung des Reingewinns von 1924 bis 1929, das wäre selbst über den Horizont des kühnsten Optimisten hinausgegangen. Und doch ist eine solche Entwicklung eingetreten. Noch dazu in einer Zeit, wo selbst die Großbanken über die ungünstigsten Verhältnisse zu klagen hatten. Hat man bei der Gründung der Arbeiterbank über den kühnen Versuch gelacht, so ist jetzt das Lachen verstummt und neidisch blickt man auf die junge Schwester in der Berliner Wallstraße, die vorläufig noch gar nicht daran denkt, mit dem gesunden Aufstieg Schluß zu machen. So bedeutungsvoll auch die Macht der Großbanken im Wirtschaftsleben sein mag, die geballte Sparrkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Verbindung mit den Geldern der Gewerkschaften, der Baugenossenschaften, der sonstigen Betriebe der Arbeiterkraft und der gemeinnützigen Institutionen sind doch ein Kraftzentrum, das zur Entfaltung zu bringen die Arbeiterbank erfolgreich unternommen hat.

Vom Zahlenwerk aus dem Geschäftsbericht kurz folgendes (die Vorjahresziffern in Klammern): Aktienkapital 12 (12) Millionen Mark, Reserven 1,7 (1,1) Millionen Mark, Gesamteinlagen 163 (117) Millionen Mark, gewährte Kredite 95 (62) Millionen Mark, Wertpapiere 13 (12) Millionen Mark, Kasse und Guthaben bei Banken 60 (52) Millionen Mark, Gesamtumsatz 2787 (2036) Millionen Mark. Sowie über die finanzielle Entwicklung. Die Gewinn- und Verlustrechnung bietet die gleichen Fortschritte wie nachstehende Angaben zeigen: Einnahmen 4,5 (2,8) Millionen Mark, Unkosten und Steuern 2,4 (1,8) Millionen Mark, Reingewinn 2,1 (1,1) Millionen Mark. An Dividende wurden wiederum 10 % des Aktienkapitals mithin 1,2 Millionen Mark ausgeschüttet. Aktionäre der Bank sind in der Hauptsache die Gewerkschaften.

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie übertreffen die früherer Geschäftsjahre ganz wesentlich. Erfreulich ist die Zunahme der Spargelder, wenn auch eine Verlangsamung eingetreten ist. Die Filialen der Bank haben sich günstig entwickelt, einen besonderen Aufschwung nahm die Filiale Bochum. Die Beteiligungen der Arbeiterbank zeigen ebenfalls eine günstige Entwicklung. Zu erwähnen ist vor allem die hannoversche Bodenkreditbank in Silberheim, die in wachsendem Maße Kredite vermittelt und namentlich dem Kleinwohnungsbau finanzielle Hilfe gewähren konnte. Die kreditmäßig verwandten Gelder der Bank fanden folgende Verteilung: öffentlich-rechtliche Institution 56,60 %, Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft 39,33 % und sonstige Kreditnehmer 4,07 %. Mit Hilfe der Zwischenkredite der Arbeiterbank wurden im verfloßenen Jahre 10 117 Wohnungen gebaut. Die Kredite der Arbeiterbank fließen also entweder der öffentlichen Wirtschaft, den eigenen Institutionen der Arbeiterschaft oder dem Wohnungsbau zu. Schon allein diese Tatsache müßte die Hand- und Kopsarbeiter veranlassen, ihr Geld der Arbeiterbank zur Verfügung zu stellen.

Im allgemeinen Teil des Geschäftsberichts wendet sich die Geschäftsleitung der Arbeiterbank gegen den Wirtschaftspessimismus, der so verheerende Folgen gezeitigt hat. Kritisiert wird ferner die unzweckmäßige Haltung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen. Die Stockung der Kapitaleinfuhr hätte nicht so schwere Folgen angenommen, wenn die künstlichen Hemmungen nicht gewesen wären. Ueber das Problem Rationalisierung und Preisgestaltung wird im Geschäftsbericht u. a. folgendes ausgeführt: „Volkswirtschaftlich bedauerlich ist es, daß diese Rationalisierung sich keineswegs in einer entsprechenden Senkung der Preise ausgedrückt hat. Die Preisentwicklung zeigt vielmehr, daß lediglich dort, wo eine Durchorganisation der Wirtschaftszweige nicht erfolgt ist, also vor allen Dingen bei den Verbrauchsgüterindustrien, die Preise sich dem Konjunkturverlauf anpassen haben, während bei den organisierten Wirtschaftszweigen die einer Gesamtregelung unterworfenen Preise dauernd im Anstieg sind.“

Wie sich auch die Verhältnisse entwickeln mögen: die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. wird ihren Aufstieg fortsetzen. Die Arbeiterschaft hat sich in diesem Institut einen Machtfaktor von überragender Bedeutung geschaffen. Inmitten des wogenden Meeres der kapitalistischen Profitwirtschaft ist sie eine Insel der Gemeinwirtschaft des arbeitenden Volkes. Neben der Finanzkraft und der Wirtschaftsgeltung der Konjunktionsgenossenschaften ist sie eine Großmacht ersten Ranges. Deshalb alle Gelder der Arbeiterbank!

Von der Arbeit einer Berufsschule.

Die moderne Arbeiterbewegung ist stets für den Ausbau des Schulwesens eingetreten. Hierbei haben sich die Gewerkschaften besonders um die Weiterentwicklung der sogenannten Fortbildungsschule zu einer die Lehre wirkungsvoll ergänzenden Fachschule bemüht. Betrachtete die Arbeiterschaft mit berechtigtem Mißtrauen das Volksschulwesen — in dem in der Vorkriegszeit meistens wirklich wenig fürs Leben Brauchbare gelehrt wurde —, so war sie um so mehr bemüht, die einzig öffentlich-rechtliche Schulungsmöglichkeit, die Arbeiterkindern nach der Beendigung des Volksschulbesuches noch blieb, die Fortbildungsschule, zu einem Instrument zu machen, das Wesentliches zu geben vermochte, damit sich ihre Schüler später im Leben und Beruf behaupten können. Die Arbeit, der Beruf, ist nun einmal des Lebens Mittelpunkt. Wer den Arbeiter hier auf sichere und feste Grundlage stellt, gibt ihm sehr viel. Deshalb sind die Gewerkschaften immer für die

Keine Lichtbildverleihungen während des Sommers!

Die Lichtbildabteilung beabsichtigt, zwecks Ergänzung und Verbesserung ihrer Lichtbildreihen ihre gesamten Bestände einer gründlichen Durchsicht zu unterziehen. Da die Bildreihen während der Sommermonate immer wesentlich geringer als im Winter in Anspruch genommen werden, hat sie die Zeit vom 15. Mai bis 15. September dafür vorgesehen. Unsere Lichtbildabteilung bittet alle Freunde und Förderer unseres Lichtbildwesens, das zu beachten und während der angegebenen Zeit kein Bildmaterial anzufordern.

Anpassung der „Abendsschulen“ an die wirklichen Erfordernisse des praktischen Lebens, des Berufes, eingetreten und sind auch weiterhin gern bereit, all die Kräfte zu unterstützen, die sich gleich ihnen um dies Ziel bemühen.

Was eine Berufsschule zu leisten vermag, deren Träger und Leitung von der Notwendigkeit der theoretischen und praktischen Berufsausbildung überzeugt sind, zeigte kürzlich die Berufsschule in Berlin. Diese Berufsschule blickte auf eine 25jährige Tätigkeit zurück und nahm dies zum Anlaß, in einer Ausstellung einen umfassenden Einblick in ihre Arbeit zu geben. Der Gesamteindruck, den der Besuch der Ausstellung bei uns hinterließ ist: in allen Berufsklassen des Bau- und des Metallgewerbes wird Muffergütekügel geleistet. In so manchem Ort sieht die Berufsschulleitung wohl, wie mangelhaft die in ihrer Schule geleistete ergänzende fachliche Ausbildung bleiben muß, wenn es nicht gelingt, die Ausbildung vom bloßen Theoretisieren zur praktischen Übung umzugestalten. Aber die Erkenntnis dieser Stelle allein hilft nicht. Um den Unterricht lebenswahr zu gestalten, ihn immer wieder den Veränderungen des Berufslebens anzupassen und dem Lehrling seinen Beruf „erlassen“ zu helfen, dazu gehören mehr Dinge. Es müssen Lehrpersonen vorhanden sein, die dem Beruf noch etwas geben können; es müssen Einrichtungen zur Verfügung stehen, die es ermöglichen, den Lehrling an seinem Stoffe arbeiten zu lassen und der Träger der Schule muß sich für die berufliche Qualität des heranwachsenden Arbeiters voll verantwortlich fühlen und dem entsprechend die notwendigen Ausgaben für die Schule als produktiv werten und danach bemessen.

In der Berliner Berufsschule, Grünthaler Straße, müssen im wesentlichen diese Voraussetzungen gegeben sein. Denn sonst könnte man sich nicht Art und Inhalt der Ausstellung erklären. Für alle Berufsgruppen — Bau- und Metallgewerbe — zeugten die in der Schule angefertigten Lehrlingsarbeiten von der engen Verbindung der theoretischen mit der praktischen Schulungsarbeit und von der Lebensnähe der Schulungstätigkeit. Solche Arbeiten können nicht unter der Anleitung von Lehrpersonen geschaffen worden sein, die von einem Beruf nur etwas wissen. Hier müssen Menschen lehren, die in einem engen Kontakt mit dem Beruf stehen und wirklich noch etwas zu sagen haben. Auffallend war die tiefe, gründliche, theoretische Durchdringung der beruflichen Dinge. Auch dem Laien war es offensichtlich, daß hier nicht nur interessant experimentiert, sondern ernst, praktisch gearbeitet wird. Gerade hier unterscheidet sich auch die Ausstellung der Berliner Berufsschule von den Ausstellungen, wie sie verschiedentlich von Innungen veranstaltet werden. Die Berufsschulausstellung wies nicht nur praktische Fertigkeiten, saubere Arbeitsstücke auf, sondern zeigte vor allem auch, wie man sich in dieser Schule theoretisch tiefer und gründlicher in die Berufsprobleme hineinarbeiten kann. Es ist ganz offensichtlich, um wieviel positiver ein Lehrling zu seinem Beruf stehen muß, wenn er ihn entsprechend dem alten Handwerkspruch „erlebe! Meister ist, wer was erfann.“ Die Ausstellung ließ erkennen, wie dem jungen Berufsanwärter nicht nur die Möglichkeit der praktischen Berufsausübung geboten wird, sondern wie man ihn auch zu einer geistigen Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Problemen seines Berufes veranlaßt. Allerdings ist verschiedentlich zwischen Theorie und praktischer Übung noch nicht das richtige Verhältnis verwirklicht worden. Die theoretische Ausbildung schreitet bei einzelnen Berufsgruppen der praktischen Lernungsarbeit noch wesentlich voran. Diese theoretische Ausbildung kann so Gefahr laufen, als berufsfremd angesehen zu werden, denn auf der Arbeitsstelle bleibt dem Jugendlichen ja in der Regel keine Zeit und Gelegenheit, die Theorie praktisch zu üben und zu erproben. Wir konnten nicht feststellen, ob an diesem Mißverhältnis zwischen Theorie und praktischer Übung mangelnde Räume und Einrichtungen schuld sind. Vielleicht sollte aber hier noch stärker der im Beruf stehende gute Facharbeiter als Lehrperson zur Hilfe herangezogen werden. Das soll kein Mißtrauen gegenüber der Berufsschullehrerschaft bedeuten. Wir sprechen ja schon aus, wie wir die Arbeit der dort wirkenden Herren bewerten. Es gibt aber doch noch Berufsgruppen, wo der Praktiker von der Arbeitsstelle etwas mehr als heute in die praktischen Übungen der Berufsschule eingreifen könnte.

Der Rundgang durch die Räume der Schule befestigte im übrigen die positive Einstellung der Schule zur praktischen Lernungsarbeit. Maurer, Zimmerer, Feinseher, Dachdecker, Fliesenleger, selbst Pußer und Steinseher haben Werkstatträume mit allen zur praktischen Arbeit erforderlichen Einrichtungen. Dasselbe trifft für die Berufsgruppen des Metallgewerbes zu. Wer so den Mittelpunkt des Lebens, den Beruf, dem jungen Menschen in der Schule nahe bringt, wird sich gewiß nicht über mangelnde Beachtung zu beklagen haben. Es laufen denn auch bei dieser Berufsschule eine Anzahl freiwilliger Lehrgänge, die gut besucht sind. Das ist wohl die beste Anerkennung, die sich eine Schule erwerben kann. Eine ernste Einwendung ist allerdings zu machen. Die Schule hat sich auch die Aufgabe gestellt, die Schüler in ihrer Freizeit anregend zu beschäftigen, um sie so den Gefahren der Straße zu entziehen. Diese jugendpflegerische Arbeit ist nicht Sache der Berufsschule. Die Berufsschule sollte sich nicht freiwillig

Aufgaben stellen, die zu erfüllen Aufgabe anderer Stellen ist — der behördlichen Einrichtungen für Jugendpflege und der Jugendorganisationen — und die ihr nur für ihren eigenen Aufgabenkreis Kräfte entziehen. Die Berufsschule täte gut, diese freiwillig übernommene Arbeit auf ein Minimum zu beschränken oder ganz einzustellen. Sie braucht auch diese Tätigkeit nicht, um die Schüler näher an die Schule heranzuziehen. Die Arbeit, die sie als Berufsschule leistet, spricht für sie. Für stark jugendpflegerisch interessierte Lehrpersonen bieten die zahlreichen Jugendvereinigungen genügend Wirkungsmöglichkeiten.

Schutzvorrichtungen bei Maschinen im Baugewerbe.

Im Baugewerbe ist die Verwendung von Maschinen, gemessen an der Benutzung mechanischer Einrichtungen in anderen Gewerbebezügen, noch verhältnismäßig gering. Jedoch gewinnen auch im Baugewerbe die Maschinen mehr und mehr an Boden. Auf großen Baustellen werden jetzt neben den bisher üblichen Aufzugsvorrichtungen auch Gießtürme und Turmdrehkräne benutzt. In beiden Fällen werden eiserne Gießturme, die oft 30 m hoch sind, verwendet. Mit Hilfe der Gießtürme wird Beton in die Höhe befördert und von dort aus durch weit ausladende, schwenkbare geneigte Rinnen auf der ganzen Baustelle verteilt, in den meisten Fällen direkt in die Schalung gegossen. Die Turmdrehkräne ziehen an einem langen Ausleger Baustoffe der verschiedensten Art hoch und bringen durch Verschiebung des ganzen Kranz oder Drehung des Auslegers das Material an die gewünschte Verwendungsstelle.

Bei der Konstruktion von Gießtürmen und Turmdrehkränen ist auf den Schutz der Arbeiter, insbesondere soweit sie bei dem Auf- und Abbau beschäftigt sind, nicht immer ausreichend Rücksicht genommen worden. Die Hamburgische Baupolizei hat daher im Hinblick auf die dort zutage getretenen Mängel kürzlich Vorschriften über die vorgenannten Einrichtungen aufgestellt. Die Verordnung über den Schutz der Bauarbeiter vom 30. Mai 1921 in der Fassung vom 29. Juni 1927 und vom 22. März 1929 ist nunmehr durch nachstehenden neuen § 45a erweitert worden:

§ 45a. Gießmaße, Turmkräne und ähnliche Anlagen.

1. Die Aufstellung und der Betrieb von Gießmasten, Turmkränen und ähnlichen Anlagen hat nach den Plänen und den Aufstellungsanweisungen der Hersteller zu erfolgen. Die Pläne und die Aufstellungsanweisungen müssen an der Baustelle zur Einsicht ausliegen.

2. Gießmaße, Turmkräne und ähnliche Anlagen sind auf festem, unverrückbarem Fundament betriebsfertig so aufzustellen, daß die Herstellung und die Benutzung der Baugerüste nicht behindert wird. Anlagen, die auf Schienen laufen, sind gegen Rad- bzw. Achsbruch zu sichern. Die Laufschienen müssen an ihren Enden Vorrichtungen erhalten, die ein Ablaufen des Kranz von den Schienen ausschließen. Die Anlagen und die beweglichen Teile derselben sind durch geeignete Vorkehrungen gegen selbsttätiges Bewegen zu sichern.

3. Gießmaße, Turmkräne und sonstige Anlagen, die häufig bestiegen werden, sind durch Ein- oder Umbau von Leitern mit Rückschutz bestiegsicher zu machen. Die Stöße der Leitern müssen in der gleichen Höhe mit den Stößen der Maste liegen, so daß bei Auf- und Abbau die Maste und Leitern wechselseitig auf- und abgebaut werden können. Die Entfernung der Leiter vom Mast darf 45 cm nicht überschreiten. Der Leiterkorb soll 55 bis 60 cm tief und 65 bis 70 cm breit sein. Der Abstand der Korbbügel voneinander soll 1,20 m bis 1,50 m betragen. Der Querschnitt der Bügel soll 1/30 mm betragen. Die Bügel sind durch drei Flachseilen von 1/40 mm Stärke zu verbinden. Die Leitern sollen etwa 40 cm breit sein. Als Sprossen sind Rundseile von wenigstens 20 mm Durchmesser zu verwenden. Der Abstand der Sprossen voneinander soll 30 cm betragen.

4. Die Halteseile der Maste sind mit Flaschenzug oder Spannschraube gleichmäßig fest anzuziehen und sicher zu verankern. Es sind mindestens drei Halteseile zu verwenden, die so anzuordnen sind, daß sie im Grundriß möglichst gleiche Winkelteilung haben. Ihre Verankerung ist ständig zu beachten. Förderseile müssen nötigenfalls durch Führungsringe so geleitet werden, daß sie Halteseile nicht beschädigen und Leufe auf den Leitern nicht gefährden können.

5. Auslegerrinnen und Fliegerrinnen der Gießmaße sind mit Handläufer oder einer ähnlichen Einrichtung zu versehen, die ein sicheres Festhalten und ein zweckmäßiges Anbinden der Fangleinen ermöglicht.

6. An den Gießmasten sind Schutzdächer nach § 28 Abs. 1 anzubringen, mit der Maßgabe, daß die Schutzdächer mindestens 3 m breit sein müssen. In besonderen Fällen können weitergehende Schutzmaßnahmen gefordert werden.

7. Die bei der Aufstellung von Gießmasten, Turmkränen und ähnlichen Anlagen benötigten Holzmaße müssen gesunde kleinfaserige Kiefer- oder Fichtenstämme sein.

8. Für ausreichendes Schmieren aller reibenden und beweglichen Teile ist zu sorgen.

Gegeben in der Versammlung des Senats, Hamburg, den 3. März 1930.

Mit den neuen Bestimmungen will man die meist nicht einwandfreien Arbeitsmethoden, die sich bei der Montage von Gießtürmen usw. herausgebildet haben, möglichst unterbinden. — Die Hamburger Baupolizei hat mit dem Erlaß dieser neuen Vorschriften den dankenswerten Versuch unternommen, wenigstens den größten Unfallgefahren zu begegnen. Die Vorprüfung, ob und wie eine bessere Sicherung für die Betriebsarbeiten an diesen Einrichtungen geschaffen werden konnten, hat längere Zeit in Anspruch genommen. Die Lösung wurde sehr erschwert, weil mehrere Turmsysteme vorhanden sind und jedes seine besonderen Eigenarten hat. Obendrein zeigten Hersteller und Besitzer dieser Einrichtungen wenig Neigung, den Wünschen der Behörden entgegenzukommen. Von beiden wurde behauptet, weitergehende Schutzmaßnahmen seien schwer durchführbar; besonders wurde auch darauf hingewiesen, daß außer in Hamburg nirgends bisher in Deutschland solche Forderungen erhoben worden seien.

Solidarität gegenüber den arbeitslosen Kameraden! ★ Keine Überstunden!

Die wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung sind in der Ziffer 1, 3, 5 und 7 enthalten. Der Absatz 1 will verhindern, daß die Monteure beim Aufstellen der Türme sich unnötigen Unfallgefahren aussetzen. Die Monteure sollen sich beim Ab- und Aufbau an die Montagevorschriften halten, die von der Herstellfirma ausgearbeitet worden sind. Die Ziffer 2 verlangt, daß durch Gießtürme und Turmkranen die Aufstellung von Baugerüsten nicht verhindert werden darf. Vielfach sind ohne zwingenden Grund die Aufzugsvorrichtungen so aufgestellt worden, daß kein Platz mehr für die ordnungsmäßige Aufstellung von Arbeitsgerüsten vorhanden war. Die Ziffer 3 enthält Bestimmungen über Anbringung und die Beschaffenheit von geschützten Aufstiegsleitern, um das Besteigen dieser hohen Masse möglichst gefahrlos zu gestalten. Ziffer 5 will den Uebelstand beseitigen, daß die Arbeiter beim Reinigen der Gießrinnen in schwindelnder Höhe ungeschützt arbeiten müssen. Ziffer 7 läßt als Richtmaße nur kleinfaserige Kiefer- oder Fichtenstämme zu. Die Verwendung von Lannenholz ist nicht gestattet. In Hamburg ist es bei der geringeren Festigkeit dieses Holzes zum Bruch von Richtmassen gekommen.

An den neuen Bestimmungen sind fast alle Berufsgruppen des Baugewerbes interessiert. Bei der Aufstellung und dem Betrieb von Gießtürmen und Turmdrehkränen sind Monteure, Maschinisten, Zimmerleute und auch Betonarbeiter beteiligt. Sie alle werden daher im eigenen Interesse darauf hinwirken müssen, daß die neuen Bestimmungen auch wirklich durchgeführt werden. Die Gefahren der vorgenannten maschinellen Einrichtungen sind überall dieselben und deshalb wird es notwendig sein, daß die in Hamburg aufgestellten Grundzüge auch in den übrigen Teilen des Reiches Geltung erlangen. Sofern die Berufsgenossenschaften des Baugewerbes die Hamburger Bestimmungen nicht übernehmen, werden die einzelnen Länder besondere Polizeiverordnungen erlassen müssen. Erst dann, wenn die Bestimmungen überall im Reich zwingend geworden sind, wird zu erreichen sein, daß die Hersteller solcher Geräte die erforderlichen Schutzmaßnahmen gleich mitliefern.

Wir hoffen, daß die neuen Bestimmungen dazu beitragen, die Sicherheit bei dem Betrieb von Gießtürmen und Turmdrehkränen zu erhöhen und somit die Verluste an Gesundheit und Leben der Bauarbeiter verringern.

Das deutsche Junghandwerk.

Die Handwerksmeister sind auf den Plan getreten. Sie wollen die Jugend organisieren. Das Wort „Jugend ist Zukunft“ hat es ihnen angetan. Als fortschrittliche Menschen wollen sie nicht hinter Organisationen zurückstehen, die Jugendabteilungen besitzen. In allen Landesteilen bemüht man sich um die jungen Handwerker. Sie sollen organisatorisch zusammengefaßt werden. In der „Nordwestdeutschen Handwerkszeitung“ Nr. 12 vom 21. März 1930, dem amtlichen Organ der Handwerkskammern in Norddeutschland, wurden die Gesichtspunkte erläutert, unter denen dies geschehen soll. Es heißt da:

„Die reine Meistersöhnebewegung ist ein Kind der Vorkriegszeit. Ihre 100prozentigen Vertreter dürften heute sich bei weitem in der Minderheit befinden. Wenn einzelne Nachprüfungsorganisationen im Handwerk sich heute noch den Luxus des auf den Meistersohn abgestellten Ausschließlichkeits-Charakters erlauben wollen, so ist das ihre Sache. Die Junghandwerkerbewegung vertritt ein anderes Programm und lehnt jede Einseitigkeit ganz entschieden ab; es ist geradezu ihre vornehmste Aufgabe, unter stärkster Betonung der Schicksalsgemeinschaft aller im Handwerk Tätigen, das wirklich ganze Junghandwerk zusammenzuführen. Die handwerkstreuere Gesellen sollen nicht weniger als die Meistersöhne im Junghandwerkerbund ihre Heimstatt haben. Dieses soziale Prinzip wird die Junghandwerkerbewegung mit allen Mitteln zu verwirklichen suchen. Die Bedrohung der Existenz des handwerklichen Berufsstandes ist so erschütternd groß, daß der Kampf um Freiheit, Erhaltung und Recht des handwerklichen Berufsstandes und der Handwerkswirtschaft auf die Dauer nur unter Einfluß der handwerkstreuen Gesellschaft mit Erfolg geführt werden kann. Keine Meistersöhneorganisationen mögen sich vielleicht als Rekrutierungsgebiet für die „Offiziere“ im handwerklichen Freiheits- und Erhaltungskampf vorkommen. Wenn diese „Offiziere“ aber dereinst ohne die große geschulte Truppe kämpfen wollen, ist ihr Kampf von Anfang an aussichtslos. Die Junghandwerkerbewegung lehnt darum jede einseitige Verengung der berufständischen Schicksals-

gemeinschaft im Handwerk ab. Die handwerkstreuere Gesellschaft bildet einen hervorragenden Bestandteil des Berufsstandes. Ihr den ihr gebührenden Platz in der Junghandwerkerbewegung vorenthalten zu wollen, wäre ein völlig verantwortungsloses Beginnen. Das Handwerk hat gerade Freude genug, um nicht den Verlust wertvoller Freunde schmerzlich zu fühlen. Sind nicht handwerkseindliche Unternehmerorganisationen mehr denn je am Werk, in die Werkstätten des Handwerks Unfrieden, nackte Interessenpolitik, Klassenkampf und Haß hineinzutragen? Die deutsche Junghandwerkerbewegung stemmt sich diesem handwerkseindlichen Tun entgegen. Sie will: Das ganze Junghandwerk soll es sein!“

Wir machen auf diese Bestrebungen des Handwerks aufmerksam. Man möge dies auch in unseren Jugendabteilungen tun. Unklarheiten, die sonst bei unsern Jugendkollegen auftauchen könnten, sind durch Bekanntgabe der Bestrebungen der Junghandwerkerbewegung und ihre Kennzeichnung als Unternehmerorganisationen zu beseitigen. Zeigen wir den Unternehmern: Im Baugewerbe findet ihre Junghandwerkerbewegung keinen Boden!

Um eine gerechte Arbeitsverteilung.

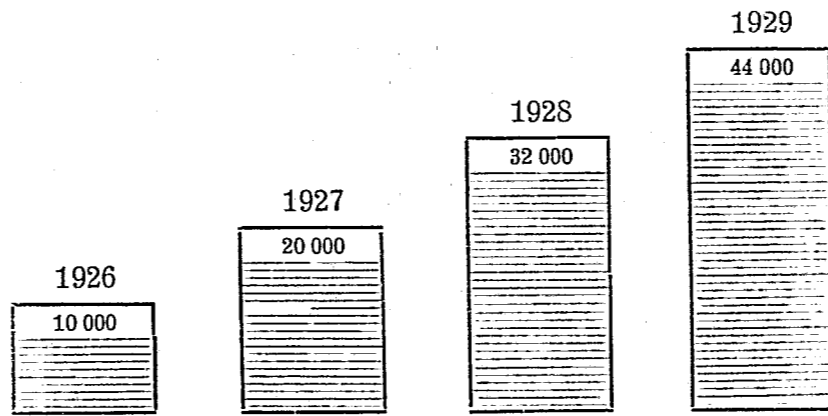
Den Vorschlag des Kollegen Hans König zur Frage der Arbeitsverteilung in Nr. 14 des „Grundstein“, finde ich sehr zweckmäßig. Aber leider sind wir von seiner Verwirklichung noch weit entfernt. Besonders werden wir durch die Solidarität der Arbeiterschaft dies Ziel wohl nie erreichen, weil bei sehr vielen Arbeitern der Egoismus viel größer ist, als die Klassen-solidarität. Die ständig in Arbeit Stehenden sind oftmals gerade die schlimmsten. Sie halten manchmal noch nicht einmal den Achtstundentag ein, geschweige, daß sie zugunsten ihrer arbeitslosen Kollegen einmal von der Arbeit zurücktreten würden. Es ginge auch zu machen, da jetzt nahezu 60 Proz. Arbeitslose vorhanden sind, daß sämtliche Bauarbeiter eingestellt und mit Wechselschicht zu 4, 5 oder 6 Stunden, je nach Erfordernis beschäftigt würden. Aber ohne ein scharfes und streng gehandhabtes Gesetz werden wir niemals dahin kommen.

J. Henke, Maurer, Dortmund.

Wie komme ich zu einem Fahrrad?

Diese Frage wird jetzt, da das Frühjahrswetter eingeseht hat, so manchen Kollegen bewegen. Die Zeiten sind schwer und das Geld für ein Fahrrad nicht immer gleich vorhanden. Hinzu kommt, daß das Fahrrad für die Berufsfahrt wegen der Teuerung die Einkünfte noch ungewöhnlich schmälert. Da ist es notwendig, wieder einmal auf unser gewerkschaftliches Eigenunternehmen, das Lindcar-Fahrradwerk in Berlin-Lichtenrade, rechtzeitig aufmerksam zu machen. Die Abgabebedingungen sind immer noch die gleichen. Für 3 M. Wochenraten können die Kollegen in den Groß-Niederlagen und Abgabellagern der Ortsausschüsse des ADGB, Lindcar-Räder beziehen. Da, wo keine Läger der Ortsausschüsse oder freigewerkschaftlichen Verbände vorhanden sind, wird der Versand vom Werk aus direkt an die Besteller vorgenommen. Auskunft und Rat wird auf jeden Fall durch die Ortsausschüsse oder freigewerkschaftlichen Verbände erteilt.

Es ist bestimmt kein Zufall, daß die Umsatzkurve seit dem Jahre 1926 bis zum Schluß des Jahres 1929 unentwegt nach oben strebt. Das kleine nachstehende Säulenbild veranschaulicht die sprunghafte Bewegung sehr deutlich:



Die starke Umsatzsteigerung hat ihre Gründe in der guten Qualität der Räder und in den günstigen Verkaufsbedingungen, nicht zuletzt aber darin, daß sich die Gewerkschaften bewußt geworden sind, was sie neben ihren Organisationen den wirtschaftlichen Eigenunternehmen schuldig sind. Wir zweifeln nicht, daß auch in diesem Jahre der

Beweis dafür erbracht wird. — Die erwähnten Groß-Niederlagen verteilen sich im Reich wie folgt: Bremen Nordstr. 45-47, Berlin SW, Oranienstr. 127, Breslau, Feldstraße 24, Braunschweig, Schützenfelder Str. 3-4, Bochum, Rottstr. 27, Dortmund, Hansastr. 3, Düsseldorf, Wallstr. 27, Erfurt, Johannesstr. 55, Essen, Stoppenberger Straße 10, Duisburg, Gr. Kalkhof 6, Frankfurt a. M., Gr. Friedberger Str. 19, Dresden, Rügenbergstr. 6, Grlitz, Poststr. 1, Hannover, Celler Str. 156, Hamburg, Nagelsweg 16-18, Kiel, Holstenstr. 106-108, Königsberg i. Pr., Vorder-Rosgarten 31, Leipzig, Zeißer Str. 32, Köln-Deutz, Eitorfer Str. 1, Magdeburg, Schönebeckstr. 6, Mainz, Gr. Bleiche 53, München, Pestalozzistr. 40-42, Nürnberg, Breite Gasse 81, Plauen i. V., Königl. 15, Regensburg, Altmund, Lindenstr. 12-14, Wiesbaden, Yorkstr. 9 und Stuttgart, Calwer Str. 33.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Wegen Umgehung des Bezirks-Tarifvertrages ist über den Bauunternehmer Heint. Peters, Lorschallig, Kreis Schleswig, (Baustelle Krohnshagen bei Kiel), die Sperre verhängt.

Fliesenleger: In Kiel wird gestreikt. Gesperrt ist in München die Firma Robert Berger.

Töpfer: In Baun streiken die Ofenseher. Gesperrt sind in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Zeiß die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörndke und Emil Böhme, in Burg bei Magdeburg Uhlemann, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in München die Firma Robert Berger wegen rückständiger Löhne, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. der Töpfermeister Richard Kaczkowski wegen nicht Bezahle von Ferienmarken, in Magdeburg die Firma Jollweber & Sohn wegen Nichtzahlen des Lohnes, in Strasburg i. L. die Ofensehfirmen Klein Schmidt wegen Nichtzahlen der Tariflöhne.

Schweiz: Zugang von Gipsern ist nach Basel und Bern fernzuhalten.

Zus der Sozialgesetzgebung

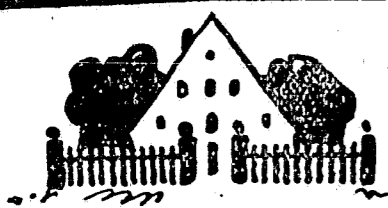
Zusatzrente der Arbeitslosenunterstützung. Nach § 112 a Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung vom 12. Oktober 1929 wird Rente, soweit sie 30 M. übersteigt und nicht auf Grund einer Kriegsdienstschädigung bezogen wird, auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Die Zusatzrente ist jedoch in jedem Falle in voller Höhe anrechnungsfrei, auch dann, wenn sie die Grenze von 30 M. übersteigt. Bei Nichtkriegsbeschädigten ist aber die volle Rente anzurechnen, wenn die Grenze von 30 M. schon durch die Zusatzrente überschritten wird. Erreicht die Zusatzrente nicht den Betrag von 30 M., so bleibt nach einem Erlaß des Reichsministers vom 7. Februar 1930, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, nicht nur die Zusatzrente, sondern auch noch die Rente in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Zusatzrente und dem Betrage von 30 M. anrechnungsfrei. Die Bewilligung der Zusatzrente muß aber der Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung vorangegangen sein.

Einführung der Sozialversicherung in Frankreich. In Deutschland gibt es sehr einflußreiche Kreise, die beabsichtigen, die Sozialversicherung abzubauen. Das Gestöhne über die „drückenden Lasten“ nimmt kein Ende. Demgegenüber geht ein Staat nach dem anderen zur Nachahmung der deutschen Sozialversicherungsgesetze über. Nun hat auch Frankreich nach langen Verhandlungen einen Gesetzentwurf über die Sozialversicherung fertiggestellt. Es handelt sich um die Einführung der Kranken-, Alters- und Unfallversicherung. In Frankreich herrschen bisher eigenfällige Zustände. Eine vollständige Sozialversicherung gab es in dem größten Teil Frankreichs nicht. Dagegen bestand sie in dem von Deutschland abgetrennten Gebieten Elsass-Lothringens. Es ist von Wert, daß die deutsche Sozialversicherung als Unterlage dient. Nicht mit Unrecht wird die Einführung der Sozialversicherung als ein Wendepunkt in Frankreichs innerer Geschichte bezeichnet.

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 14. April 1930.

Bezirksverband	Zahl der Baugewerkschaften		Mitgliederzahl am Wochenschluß	In den berichtenden Baugewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos																										vom Hundert der Mitgliederzahl						
	insgesamt	von denen berichtet		Maurer	Heuerungs- und Schornsteinmaurer u. Steyer	Polsterer, Schornsteinfeger	Sement-Isolierarbeiter	Zementarbeiter, Bleier	Stuckmaler, Plasterer	Glaser	Dienformen	Dienleger	Schneidende	Steingewerbetreibende	Exploitationsarbeiter	Fliesenleger	Strohmaler und Steyer	Steinpolier und Steyer	Kunstmaler, Plasterer, Zementmaler, Terrazzoarbeiter	Alphatoure	Plattschreiber	Bettgerüstbauer	Bauhilfsarbeiter	Jugendliche Hilfsarbeiter	Tiefbauarbeiter	Waldarbeiter bei Erdbau	Wärentre	Postlager	Brückenbauer	Lehrlinge	Mitglieder	insgesamt				
	14. 4.	7. 4.																																		
Königsberg	7	7	17418	4931	6	169	94	145	31	13	1	352	—	7	17	16	5	—	67	34	—	19	4103	27	1899	31	—	41	8	592	—	12608	72,4	73,9		
Danzig	1	1	3823	537	—	1	11	—	10	—	36	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	575	11	460	—	—	—	—	—	—	1674	—	43,8	46,9
Stettin	61	61	15700	4490	4	51	29	65	73	24	5	148	—	—	8	10	4	—	—	—	—	—	—	2267	—	976	—	—	5	—	—	—	8485	54,0	58,2	
Breslau	43	43	43036	13255	89	323	243	208	67	69	70	570	50	53	110	78	37	4	54	—	—	—	—	9341	102	1577	—	17	—	—	1322	24	27663	64,3	65,9	
Berlin	61	61	55234	9266	2	70	9	375	800	405	69	519	—	4	49	39	80	2	2	577	—	—	—	8243	2	944	2	—	4	—	—	3212	2	21786	39,4	43,6
Magdeburg	42	42	29987	7429	5	45	25	46	24	76	15	139	8	3	—	19	56	—	—	—	—	—	2	2726	6	438	—	—	—	—	—	—	11411	38,1	39,5	
Erfurt	34	34	20682	7040	32	50	69	10	124	134	16	60	—	1	17	13	9	—	—	—	—	—	—	2963	—	233	—	19	—	—	—	529	—	11346	54,9	55,9
Frankfurt	17	17	35830	8755	14	61	165	139	432	29	1	12	1	3	—	66	17	4	15	8	—	—	20	7334	269	1851	40	—	11	4	468	—	19719	55,0	57,2	
Köln	12	12	20240	3443	24	61	232	373	999	25	—	11	3	2	—	109	28	25	83	59	—	—	5	4344	71	712	71	—	1	—	—	65	—	10746	53,1	53,5
Dortmund	14	14	22134	3804	45	64	165	215	376	1	—	35	—	2	163	70	7	42	63	—	—	—	7	3648	251	1075	—	—	—	—	212	—	10252	46,3	45,5	
Hannover	39	39	29581	5258	5	48	25	62	67	33	1	52	1	16	1	16	17	4	13	—	—	—	8	2866	6	756	7	14	8	—	—	206	—	9503	32,1	29,7
Bremen	30	30	15776	2621	14	23	31	76	64	2	2	8	—	—	—	37	20	—	—	—	—	—	—	2351	7	1037	—	—	—	—	79	—	6385	40,0	40,9	
Hamburg	55	55	34113	5084	—	33	196	262	212	147	11	179	1	6	6	88	52	31	40	17	12	—	3	3005	—	2188	25	—	2	—	—	85	1	11686	34,3	39,8
Rostock	60	60	4364	1808	7	11	—	—	—	2	5	43	—	1	2	7	—	—	—	—	—	—	—	1155	—	253	—	—	—	—	151	—	3451	41,3	46,6	
Dresden	32	32	69921	17972	28	259	266	133	188	381	149	477	2	—	34	41	45	30	7	66	—	—	—	15491	5	1204	—	—	4	—	—	1459	30	38271	54,7	57,7
Nürnberg	29	29	18152	3038	60	31	10	2	301	18	46	14	—	—	5	31	1	—	—	—	—	—	—	3409	14	264	3	—	—	—	—	223	—	7470	41,2	43,5
München	33	33	16278	2084	10	30	17	14	76	21	4	7	4	8	5	10	1	11	1	14	—	—	—	3131	29	577	50	7	7	1	—	55	4	6178	38,0	40,7
Stuttgart	14	14	10057	966	7	9	18	10	679	—	—	—	—	—	—	12	5	—	—	—	—	—	—	1323	76	450	5	5	—	—	80	—	3645	36,2	38,8	
Karlsruhe	11	11	16507	3908	14	76	100	97	717	11	—	4	1	50	—	40	22	7	17	3	—	—	15	2067	184	293	15	4	2	—	161	—	7809	47,3	50,4	
Zusammen	596	596	482833	105489	366	1415	1705	2232	5242	1394	432	2630	71	154	256	814	469	125	360	866	13	79	80	342	1060	17187	249	51	91	24	6711	61	230088	47,65	—	
Zu. vorige Woche	597	597	485081	111991	449	1548	1772	2352	5164	1364	406	2942	76	143	319	820	436	110	758	870	16	82	82	279	1141	17720	239	47	146	24	7513	68	241245	—	49,73	



Unterhaltung und Wissen



Erste Wandertage.

Ausgerüstet mit allem, was zu Beginn dieses Jahrhunderts zum „Lippeln“ gehörte, zogen wir im Sommer 1902, drei Mann stark, von Rathenow aus auf die Wanderschaft. Zunächst fuhrten wir, um recht schnell fortzukommen, mit der Bahn nach Thale a. Harz. Diese Witzbegier während der Fahrt! Jede Haltestelle wurde genau gemuffert, ihr Name im Tagebuch vermerkt. Wir hielten uns für äußerst wichtig und plauderten von den kühnsten Unternehmungen. In Thale angelangt machten wir nachmittags eine Bergtour; die Kofstrappe wurde erklettert. Natürlich mußten wir auch ein Andenken an diese Bergtour haben, deshalb ließen wir uns Schnellphotographien als Wanderbüchlein anfertigen. Gegen Abend wanderten wir weiter, in der Absicht, in der ersten Nacht junstmäßig „Platte zu reißen“. An der Chaussee nach Blankenburg machten wir es uns in einer Tannenwaldschonung bequem. Der „Berliner“ diente als Kopfkissen. Noch tauschten wir eine Zeilang die Tageserlebnisse aus, aber schließlich schlief bald einer und auch der andere.

Ich war noch wach. Plötzlich rauscht es hinter mir in der Schonung. Ich lausche; ich höre wieder Geräusch und eine Stimme sagen: „Hier“. Auffspringen, meine Kollegen wachrufen und auf die Chaussee springen, war das Werk einiger Sekunden. Schlaftrunken folgten mir meine Reisekollegen. Ich klärte sie über die Störung auf, da raschelte es nochmals im Gebüsch. Wir waren uns sofort einig, diese unheimliche Schlafstätte zu meiden. Aber unsere „Berliner“ mußten wir haben. Mit Todesverachtung schlichen wir wiederum ins Gebüsch und eroberten unsere Känzel.

Wieder war alles still. Wir aber wanderten nach Blankenburg zu. Erst als wir genügend Abstand von der unheimlichen Schlafstätte gefunden, wurden wir wieder gesprächig. Den Rest der Nacht brachten wir dann an einer lichten Stelle zu, um besser vor Überraschungen geschützt zu sein. Jedoch zum Schlaf kam es nicht mehr. Wir rafften uns wieder auf und wanderten nach Blankenburg.

Still war es noch im Städtchen. Aber bald hatte uns die Nachtpolizei entdeckt und fragte uns nach dem Wohin. Bereitwillig führte uns der Polizist, nachdem wir ihn aufgeklärt hatten, in eine solide Gastwirtschaft, wo wir dann bald den Schlaf der Gerechten träumen konnten. Unsere seltsame Störung in der Tannenwaldschonung, die wir später erzählten, wurde dahin gedeutet, daß höchstwahrscheinlich Wilderer unsere Nachtruhe gestört hatten.

Und dann ging es weiter. Das nächste sehenswerte Ziel war Hildesheim. Die Altfeindlichkeiten der Stadt wurden gemuffert, auch der tausendjährige Rosenstrauch. Geschlafen wurde diesmal im Gewerkschaftshaus. Dann sollte es nach



Auffspringen und auf die Chaussee rennen . . .

Hameln gehen. Aber in der ersten Straße stockte plötzlich der Fuß des einen Kollegen. Er sagte recht kleinlaut und mißgestimmt zu uns: „Wißt Ihr was? Ich fahre nach Haus“. Ich glaubte zunächst an einen Scherz, da ja gerade dieser Kollege noch vor einigen Tagen besonders große Wandertöne geredet hatte: „Unter 40 1/2 Stundenlohn wird niemals angefangen; auch muß allen dreien zugleich Arbeit nachgewiesen werden“. Wir versuchten, den Wandermüden von seinem Vorhaben abzuraten, aber er konnte sein Heimweh nicht meistern und sagte, er hätte sich das Wandern ganz anders vorgestellt. Und da wurde auch mein zweiter Kamerad wankelmütig. Mit den Worten: „Dann muß ich auch nach Haus fahren, sonst grämt sich meine Mutter tot“, ließ man mich allein. Dieser Abschied schuf für mich einige schwere Minuten.

In frühe Gedanken verfunken wanderte ich die Landstraße entlang. Es fing an zu regnen. Aber erst als es in Strömen goß, wurde ich aufmerksam. Im Dauerlauf ging es nach einem aus der Entfernung winkenden Haus; ich war im trockenen. Da kommt aber auch schon jemand übers Feld in Hemdärmeln und begrüßt mich als Kunden. Er erzählt mir auch sofort ein Schauermärchen. Man habe ihn bestohlen beim Platte reißen. Dieser Kunde kam mir verdächtig vor. Ihm imponierte meine noch gute Schale, ferner bemerkte er mein noch unsicheres Auftreten. Er fragte mich dann auch, wie spät es sei und bemerkte, daß ich auch noch eine Uhr mein eigen nannte. Er erzählte dann unbekümmert weiter, er wolle auch nach Hameln; er wisse einen Waldweg, der in gerader Richtung dorthin führe.

Ich merkte, wie der Hase laufen sollte. Der Regen hatte aufgehört. Mein neuer Reisegefährte drängte zum weitertippeln. Ich erklärte ihm, ich müsse noch warten, zwei Kollegen seien zurückgeblieben. Sie hätten sich jeden-

falls auch untergestellt und müßten nunmehr jeden Augenblick eintreffen.

Diese Mitteilung verfehlte ihre Wirkung nicht. Mein zweifelhafter neuer Wandergenosse schlug sich seitwärts in die Büsche. Als er außer Sicht war, lief ich auf der Chaussee weiter. Nach weiteren fünf Tagen waren die von dem einen Kollegen so müttig gesprochenen Worte: „Unter 40 Pfennig Stundenlohn werde nicht angefangen“, bei mir in Erfüllung gegangen und zwar in Minden in Westfalen. Dort fand ich auch gute Kollegen, so daß ich schnell die Heimatskollegen, die mich so plötzlich verlassen hatten, vergessen konnte.

Ich habe noch manches Tausend Kilometer auf Schusters Rappen zurückgelegt, aber die ersten Wandertage waren für mich die markantesten; sie haben sich tief in mein Gedächtnis eingegrät. Die Lehre wäre die: Prüft euch vorher genau, ehe ihr auf die Wanderschaft geht. Und hütet euch auf der Walze vor fragwürdigen Reisegenossen!

Gustav Lempelhagen, Rathenow.

Sprachverhunjung.

Unsern Mitarbeitern und Berichterstattern gewidmet!

Jedes deutsche Wort kann ein Duzend neuer Wörter gebären, jeder deutsche Satz kann seine Formen wechseln, ohne den Sinn zu ändern. Und so werden in Deutschland täglich neue Wörter geprägt, neue Ausdrucksmöglichkeiten erprobt. Der „Expressionismus“ zum Beispiel hat wahre Orgien mit der Sprache gefeiert, hat hundert und hundert Bastardwörter und sogar einige lebensfähige Wortwesen in die Welt gesetzt: ungleich produktiver jedoch als jede literarische Schule ist die deutsche Behörde. Kein Wort ist sicher, gerät es in ihre Gewalt; sie will sich nimmer erschöpfen und leeren, als sollte die Sprache noch eine Sprache gebären.

Das größte Unglück für die deutsche Sprache ist das „ung“. Gäbe es diese Silbe nicht, die man jedem Wort anhängen kann, ohne dabei die leiseste Vorlicht walfen zu lassen — es wäre manches besser. Aber gerade in diese Silbe ist die deutsche Behörde verliebt: „Verbundlichung, Veränderung, Verbeamtung“ — zu jedem Anflug ist dieses „ung“ bereit. Jeder deutsche Beamte würde sich schämen, einen Menschen mit folgenden Worten in sein Amt zu bestellen: „Sie werden vorgeladen, um das und das zu tun.“ Er sagt: „Die Vorladung erfolgt zwecks . . .“ Wozu wird man vorgeladen? Etwas, um nachzuweisen, wer man ist? Keineswegs: „zwecks Erbringung des Nachweises der Identität“. Man wendet nicht an, man „bringt zur Anwendung“, man stimmt nicht ab, man „schreibt zur Abstimmung“ oder „die Abstimmung erfolgt“ oder „die Abstimmung geht vor sich“, man kann sich nicht selbst erhalten, sondern „man erlangt die Selbsterhaltungsfähigkeit“, und wenn ein Bewerber sich nicht bewährt, so „wird die Verwendung eines Bewerbers als nicht zufriedenstellend erkannt“. Wenn die Menschen in Gruppen stehen, „kommt es zu Gruppenbildungen“, worauf die Polizei nicht etwa verlangt, daß man sich legitimiere, sondern „zur Ausweisleistung verhält“; und wenn die Behörde spricht, „findet eine Verbehrdlichung der Sprache statt“.

Man bedient sich aber des „ung“ nicht nur, weil es die Sprache vollpumpt und aufbläht, sondern auch „zwecks Gebrauchung“ mancher Worte zu wunderlichem Sinn. Man leitet nicht nur den Bach in sein Bett, sondern auch „eine Amtshandlung in die Wege“, man schreitet nicht nur die Treppe empor, sondern auch „zur Erledigung eines Aktes“. Mancher findet nicht nur ein neues Wort, sondern manches findet auch „Anwendung“, besonders wenn es eine Verordnung ist, und schließlich kann alles auf der Welt „erfolgen“ und „stattfinden“ — eine Sitzung, eine Liebeserklärung, eine Revolution. Eine wortsparende Behörde käme mit diesen beiden Zeitwörtern für alle Zeiten aus. Freilich wäre das bitterer Verlust; wir müßten zum Beispiel das schöne Wort „beinhalten“ entbehren! „Beinhalten“ hat nichts mit Bein zu tun und kann auch nicht im Sinne von „Daumenhalten“ verwendet werden; es beinhaltet vielmehr das Wort „Inhalt“; zum Beispiel verbieten Gesetze nichts, sie „beinhalten“ nur ein Verbot. Auch das schlichte Wort „aufscheinen“ soll nicht verlorengehen; es ist zwar der reine Blödsinn, aber man freut sich doch, wenn es irgendwo aufscheint. „Sich auswirken“ ist auch nicht übel; daß die Behörde sprachschöpferisch wirkt, ist zu wenig, „sie wirkt sich in diesem Sinne aus“.

Der tiefe Abscheu vor klaren, gerade gewachsenen Wörtern tut sich in tausend Wendungen kund: man bittet eine Behörde nicht um etwas, man „wird bei ihr bittlich“. Man sagt nicht: „Ein Urlaub wird nicht angerechnet“, sondern: „Die Erteilung eines Urlaubs ist an die Bedingung der Nichtanrechenbarkeit geknüpft.“ Man sagt nicht: „Er bleibt vier Jahre im Amt“, sondern: „Die Amtsdauer beträgt vier Jahre und läuft dann ab.“ Man sagt nicht: „Die Straße ist zu schmal“, sondern: „Die Straße weist keine genügende Breite auf.“ Man sagt nicht: „Es ist verboten, Akten aus dem Schrank zu nehmen“, sondern: „Die Entnahme von Akten aus dem Schrank ist verboten.“ Und schließlich: „Uebersteigt die Zahl der Einwohner einer Stadt die Höhe von dreitausend“ — was nichts mit Touristik zu tun hat, obwohl eine Höhe von dreitausend überstiegen wird, sondern schlicht und einfach bedeutet: „Wenn in einer Stadt mehr als dreitausend Menschen wohnen . . .“

Es ist die Sucht, möglichst geschwollen, gedunsen, „würdevoll“ zu sein, die sich da „auswirkt“, der Aberglaube, die Obrigkeit müsse anders sprechen als der gemeine Mann, steifer, gepreizter, feierlicher. Es ist zu gewöhnlich, wenn man sagt: „Mit seiner Funktion verliert der Beamte auch den Titel“, wie impofant aber klingt es so: „Mit der Entziehung der Funktion hat stets der Verlust des Titels einzutreten.“ Größ Gott, tritt ein, bring Glück herein! Wobei nicht weniger „eintreten“ als „stattfinden“ kann — eine Schicksalswendung, ein glücklicher Zufall und ein schmerz-

licher Verlust. Jede Behörde aber würde sich zu Tode genieren, das Wörtchen „und“ außer in den dringendsten Fällen und dann womöglich falsch zu gebrauchen; sie sagt daher nicht: „Die Fußgänger und die Radfahrer dürfen den Weg nicht benutzen“, sondern: „Die Fußgänger beziehungsweise Radfahrer dürfen den Weg nicht benutzen.“ Sie sagt nicht: „Der Beamte und seine Leistung“, sondern: „Der Beamte und die Leistung desselben.“ Und könnt sie, wie sie wollt, es hieße nicht „Dichtung und Wahrheit“, sondern: „Dichtung beziehungsweise Wahrheit“, nicht „Der Einzige und sein Eigentum“, sondern: „Der Einzige und das Eigentum desselben“. Derselbe, beziehungsweise dasselbe sind ungeheuer beliebt: Einmal fragte ein Minister einen Beamten, warum er, von zwei Männern sprechend, folgende Formel wählte: „Derselbe hat demselben nichts vorzuwerfen“, warum nicht: „Er hat ihm nichts vorzuwerfen“, worauf der Beamte erwiderte: „Aber dann weiß man ja nicht, von wem die Rede ist.“

Die Worte „zwecks, behufs, hinsichtlich, diesfällg“ sind allen genug bekannt; sie „scheinen“ überall „auf“ und sind zum Kochen, aber man kann sie den deutschen Behörden nicht abgewöhnen. Da hat einmal ein Gendarmeriekommandant, um sich von allen „dorftigen“ Gendarmerieposten zu unterscheiden, in einer Meldung von einem „dastigen Gendarmerieposten“ gesprochen; aber so daßig kann er gar nicht sein, er wird doch die deutsche Sprache verhungen.

Geradezu ergreifend aber ist ein Satz, der „beinhaltet“, wie der Adressat eines Briefes zu seinem Brief kommt: „Ist der Adressat eine einzelne Person, so erfolgt die Abgabe der Sendung an diese.“ Wobei die düftere Vermutung „aufscheint“, der Adressat könne am Ende doch wer anderer sein als die Person und die Sendung sei keineswegs demselben, sondern derselben beziehungsweise dieser zu übergeben. Aber die „amtswegige“ Auslegung wird schon das Richtige in die Wege leiten. Und niemand wird der amts-handelnden Sprache auch nur das kleinste Zugeständnis abhandeln.

Werden die Dummen nicht alle?

Obwohl es allmählich eigentlich jedes Kind wissen müßte, daß es lebensgefährlich, ja geradezu selbstmörderisch ist, Petroleum oder Benzin in eine schwelende Flamme zu gießen, melden doch Woche um Woche die Zeitungen noch Unfälle, die auf derartigen Leichtsinns zurückzuführen sind. Immer wieder wird es bei der Arbeit sowohl als auch im Haushalt versucht, eine unter der Asche glimmende Flamme zu entfachen, indem eine brennbare Flüssigkeit in die Glut gegossen wird. Meist ist es einfach nur Bequemlichkeit, weil die Betroffenen sich die Mühe



Öl ins Feuer gießen muß Du büßen!

Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

sparen wollen, mit ein wenig Sorgfalt und einigen geschickten Handreichungen die schwelende Flamme zu entfachen. — Die Gefahr besteht darin, daß die brennbare Flüssigkeit nicht eine sanfte Flamme, sondern eine explosionsartig aufzuckende, sofort auf das Gefäß übergreifende Feuersäule hervorruft. Dabei werden nicht nur Gesicht und Hände oft schwerstens verbrannt, sondern auch die Kleider fangen Feuer, es entstehen Stubenbrände, Wohnungsbrände, Hausbrände. Und oft hat man die Körper solcher Unglücklichen in völlig verkohltem Zustande vorgefunden.

Man soll nicht, um einige Minuten zu sparen, sein Lebensglück aufs Spiel setzen und die Gefahr in Kauf nehmen, womöglich Tage, Wochen und Monate seines Lebens im Krankenhaus zubringen oder gar unter schweren Qualen dem Tod anheimfallen zu müssen.

Geduld, Geduld . . . Neulich traf ich meinen Freund Krause, der seit langen Jahren Wohnung sucht. „Nun? Wie sind die Aussichten? Wird du bald eine Wohnung kriegen?“ fragte ich teilnahmsvoll. „Nein,“ sagte er, „aber es wird schon besser! Man beginnt jetzt mit dem Wiederaufbau Europas!“ („Wahre Jacob“)

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Rostock. (Warnung vor Zutritt!)
Da wir, besonders auch die Baugewerkschaft Rostock, in letzter Zeit mit Anfragen überhäuft werden, wie es hier mit der Arbeit der Stukkateure, Fliesenleger usw. bestellt ist, sehen wir uns veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß in Mecklenburg die Fachgruppen für Stukkateure, Fliesenleger, Töpfer, Isolierer, Glaser, Zementfacharbeiter usw. nur sehr klein sind. Daher kommt es, daß die im „Grundstein“ veröffentlichte Statistik über Arbeitslosigkeit für den Bezirk Rostock für diese Fachgruppen nur wenige Arbeitslose ausweist. — Die Arbeitslosigkeit ist aber in Mecklenburg für Bauarbeiter aller Berufe noch sehr groß. In diesem Zustand wird in absehbarer Zeit auch wohl keine Besserung eintreten.

Aus den Baugewerkschaften

Artern. Am 26. März konnte unsere Baugewerkschaft auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Grunde wurde am 5. April eine Feier abgehalten, an der auch der Bürgermeister von Artern, Herr Mersmann, teilnahm. Kollege Schomburg beglückwünschte die Jubilare und Begründer unserer Baugewerkschaft. Kollege Meyer vom Bezirksverband hielt die Festrede und dankte im Namen des Bundesvorstandes den Jubilaren für ihre Treue zum Bunde. Verschieden wurde das Fest durch Konzert- und Gesangsvorträge der Arterner Stadt- und Kurkapelle sowie des Arbeiterchors. Es fand seinen Abschluß in einem gemütlichen Ball.

Brandenburg (Savel). In unserer Versammlung am 29. April gab Kollege Schulz den Vierteljahrs- und Kassenbericht: Die Mitgliederzahl hat sich trotz 51 Zugängen von 2017 auf 2001 gemindert, was bei der übergroßen Arbeitslosigkeit verständlich ist. In Marken wurden je Mitglied 3,5 Vollbeiträge und 8,6 beitragsfreie umgelegt. Die Kassenverhältnisse sind demzufolge sehr ungünstig. Für die Bundeshauptkasse wurden 8650,50 M. eingenommen, dem eine Ausgabe von 41 638,47 M. gegenübersteht, so daß die Ausgabe die Einnahmen um 32 987,97 M. übersteigt. — Die Baugewerkschaftskasse hatte eine Reineinnahme von 3345,15 M. und eine Ausgabe von 5554,22 M. Die Mehrausgabe beträgt also 2209,07 M. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist ein Dauerzustand. In der letzten Woche betrug die Arbeitslosigkeit unserer 1797 erwachsenen Mitglieder 873 = 48,58 % der Gesamtmitgliedschaft. Mit einer nennenswerten Besserung ist nicht zu rechnen; sie wird in diesem Jahr unter 30 % nicht kommen. Die Kollegen, die noch aus der Arbeitslosenversicherung Unterstützung erhalten, werden bald ausgezehrt sein. Nur wenigen wird es gelingen Arbeit zu erhalten; selbst die Kollegen, die Arbeit bekommen, werden nur in den seltensten Fällen eine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erfüllen können. — Die Versammlung beschloß, den Bundesvorstand zu ersuchen, die unternommenen Schritte bei den Reichsinstanzen weiter fortzusetzen und die Arbeiter des Baugewerbes zu ihrem Recht zu verhelfen.

Buer i. Weßf. (Auch wir fordern Krisenunterstützung!) In einer gutbesuchten Versammlung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Bauarbeiterchaft von Gladbeck i. W. findet es unverständlich und ist entrüstet darüber, daß man gerade ihren Beruf, der doch unter der Arbeitslosigkeit am meisten zu leiden hat, von der Krisenfürsorge ausschließt. Durch diese Benachteiligung veranlaßt, wendet sich die Bauarbeiterchaft an die maßgebenden Instanzen, um Abhilfe zu schaffen. In unserem Bezirk waren bis jetzt durchschnittlich 60 % der Bauarbeiter arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Steigen begriffen und Aussicht auf Beschäftigung ist nicht vorhanden. Jeder Bauarbeiter muß mit Grauen daran denken, schon im Herbst der Wohlfahrtsversorgung anzugehören. Die heutige Versammlung ist sich darüber einig, daß die in Frage kommenden Instanzen ihren ganzen Einfluß ausüben müssen, um die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf die Bauarbeiter ohne Unterschied des Alters zu erwirken. Der Bauarbeiterchaft wäre es lieber, volle Beschäftigung zu haben.“

Dresden. (Vereinbarung zur Verhütung von Grenzfreizügigkeiten.) Zur Verhütung von Grenzfreizügigkeiten zwischen Mauern, Betonarbeitern einerseits und Stukkateuren andererseits ist folgendes vereinbart worden: 1. Als Stukkateurarbeiten gelten alle Zug- und Glättarbeiten, soweit diese aus reinem Gips ausgeführt werden. 2. Bei Rabiarbeiten gelten als Stukkateurarbeiten solche, die frei gehängt werden, gleichviel welches Material hierbei verwendet wird. — Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß auch Maurer oder Zementierer diese Arbeiten nach freier Vereinbarung ausführen dürfen. Als freie Vereinbarung im Sinne des Tarifvertrages für das Baugewerbe ist der Facharbeiterlohn für Stukkateure zur Grundlage zu nehmen.

Görlitz. Am 6. April tagte unsere Jahresversammlung. Sämtliche Zahlstellen hatten Vertreter entsandt. Außerdem waren anwesend Kollege Schmidt, Breslau, und unser alter verehrter Kollege Kupke. Nach Ehrung der Verstorbenen gab Hentschke den Jahresbericht. Die Bauftätigkeit war nur während ein paar Sommermonaten gut, im Frühjahr und vom zeitigen Herbst an aber sehr schlecht. Der Besuch der Versammlungen ließ vor allem in Görlitz oft viel zu wünschen übrig. In Penzig wurde eine Jugendabteilung gegründet. Klagen vor dem Arbeitsgericht hatten wir 49 mit 58 Terminen. Die Forderungen beliefen sich insgesamt auf 4254,76 M., davon erhielten wir 3690,90 M. Viele Kollegen schädigen sich noch dadurch, daß sie nicht den Mut aufbringen, uns die Vollmacht zur Einreichung der Klage zu erteilen. Die Lohn-erhöhung im verfloßenen Jahr betrug in der Spitze 6 %. In den Genuss der Ferien kamen leider nur 179 Maurer und 153 Hilfsarbeiter. Bei den Lehrlingen klappt es in der Stadt, während auf dem Lande noch viel zu wünschen übrig bleibt. Die Unternehmer auf dem Lande weigern sich vielfach Puh- und Trägerzulagen zu zahlen. — Die Arbeitszeit wurde nicht erheblich überschritten, nur muß sie noch einheitlicher werden. — Den Kassenbericht gab

WATER. Für die Hauptkasse wurden 71 605,55 M. vereinnahmt. Die Ausgabe betrug 57 407,39 M. Der Bestand der Lokalkasse hat sich von 22 407,74 M. auf 20 004,95 M. verringert. Die Mitgliederzahl ist um 144 gestiegen von 2112 auf 2256, darunter befinden sich 254 Lehrlinge. Unser Jugendleiter Czabajka berichtete, daß unsere Jugendgruppen wohl gute Fortschritte machen, aber von den älteren Kollegen noch mehr gestützt und gefördert werden müssen. Die Jugend hatte mehrere in den Bauabenden angefertigte Modelle ausgestellt, die von einer beachtenswerten Leistung zeugten. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. — In einem Vortrag über Bauarbeiterchutz schilderte Kollege Nische die besonderen Gefahren unseres Berufes sowie das stete Steigen der Unfallziffern. Er ermahnte alle Kollegen mehr denn je dazu beizutragen, daß Leben und Gesundheit der Bauarbeiter geschützt werden. Die Aussprache war sehr reger. Allgemein war die Vertreterversammlung mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden.

Kamenz. (Otto Deutscher f.) Am 23. April ist unser langjähriger Vorsitzender, Otto Deutscher, auf dem Wege zur Arbeit infolge Bluthituz verschieden. Er hat ein Leben lang in vorderster Reihe gestanden. Sein Leben war Arbeit und Kampf. Er war eifriger Befürworter der Verschmelzung des Töpferverbandes mit dem Baugewerksbund. Seine Geschäftsführung und Werbefähigkeit war vorbildlich. Wir werden seiner stets gedenken!

München. (Zahlstelle Pfaffenhofen.) Bei geringem, man kann fast sagen schlechtem Besuch hielt unsere Ortsgruppe ihre Monatsversammlung, verbunden mit Lichtbildervorträgen des Kollegen Eckstein, München, ab. Eckstein erläuterte kurz den Stand der heutigen Tariflöhne und betonte dabei, daß es hauptsächlich in den Provinzstädten an der Organisation noch fehle. Er forderte die anwesenden Kollegen auf, alles daranzusetzen, die vielen Blindgänger auszumergen, die Monatsversammlungen besser zu besuchen und auch sonst besser zusammenzuhaken. Weiter betonte Eckstein, daß es gar nichts schaden würde, wenn die Provinzstädte auch einmal junge Leute in die Bundes-schule schicken würden, um Funktionäre heranzubilden. Kollege Nischwitz erklärte den Anwesenden die Bedeutung des 1. Mai und forderte auf, sich beim Demonstrationstzug stark zu beteiligen. Es soll sich zeigen, wer den Mut hat, sich auch öffentlich zur Gewerkschaft zu bekennen. — Eckstein erklärte an Hand der Lichtbilder die Bedeutung des Bauarbeiterchutzgesetzes. Im Bauarbeiterchutz fehle es in den kleinen Städten oft noch recht arg. Die Kollegen seien zu leichtsinnig, manchmal auch zu faul, Schutzgelder anzubringen, anfänglich zu rühen, Nägel zu entfernen und sonstige Mängel zu beseitigen. Was die Folge solcher Schlampereien sei, erfah man dann aus den vorgeführten Bildern. Allerdings sei nicht immer der Arbeiter selbst schuld, sondern sehr viel auch das schlechte Gerüstzeug und dann die Meister mit ihren ewigen Vorurteilen wie z. B.: „Ja, zum Nägelausziehen bezahle ich euch nicht!“, und sonstiges mehr. Anschließend zeigte Eckstein noch Bilder vom Ausbau des Kraftwerkes der mittleren Isar. Mit einem Luftspiel, „Die Entführung aus dem Serail“ von Wilhelm Busch, endeten die sehr lehrreichen Darbietungen.

Zeitz. (Gegen Begünstigung von Unternehmerrückstellungen; für Krisenunterstützung.) Unsere Vertreterversammlung nahm am 18. April folgende Entschließung an: „Die am 18. April 1930 in der Gastwirtschaft von Wagner in Zeitz abgehaltene Vertreterversammlung der Baugewerkschaft Zeitz nimmt Kenntnis vom Abschluß der Lohnbewegung für den Bezirk Sachsen-Anhalt durch die Entscheidung des Haupttarifamtes vom 10. April und bringt zum Ausdruck, daß das Haupttarifamt die wirtschaftliche Not der Bauarbeiter durch eine angemessene Lohnhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit nicht berücksichtigt hat. Die Versammlung erblickt hierin eine Begünstigung der Forderungen der Arbeitgeberverbände, die dahin geht, die Lebenshaltung der Bauarbeiter noch weiterhin zu verschlechtern. — Der Bundesvorstand sowie der WGB, als die berufene Vertretung der Bauarbeiterchaft wird dringend ersucht, Maßnahmen zu ergreifen, die Lebenshaltung der Bauarbeiter durch ausreichende Löhne zu sichern und durch Verkürzung der Arbeitszeit die Einreihung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß zu ermöglichen. — Ferner muß mit allen Mitteln versucht werden, die Krisenfürsorge auf das Baugewerbe auszudehnen. Die Versammlung gelobt, diese Forderungen mit allen Kräften zu unterstützen.“

Aus den Fachgruppen

Glaser.

Hamburg. In unserer Generalversammlung wurde zunächst des verstorbenen Kollegen Westphal (Weiglaser) in ehrender Weise gedacht. — Kollege Szepanski gab dann den Jahresbericht. Trotz einer guten Bauftätigkeit hatten unsere Kollegen unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden. Durchschnittlich waren monatlich 122 Kollegen auf dem Arbeitsnachweis eingetragen. Die monatliche Durchschnittszahl des Vorjahres von 108 wurde um 14 überschritten. 1928 gab es 371 Stellenangebote, im Berichtsjahr aber 420. — Die Besserung des Arbeitsmarktes wurde jedoch durch das erhöhte Angebot an Arbeitskräften wieder aufgehoben. Bei der nach Ablauf des Tarifvertrages im Frühjahr notwendig gewordenen Verhandlung glaubten die Unternehmer für sich die große Arbeitslosigkeit auszunutzen zu können. Sie lehnten nicht nur jede Lohnverbesserung ab, sondern versuchten auch noch bedeutende Verschlechterungen in den Tarifvertrag hinein-zubringen. Der staatliche Schlichtungsausschuß fällte einen Spruch, wonach der bisherige Tarifvertrag ohne jegliche Abänderung auch weiterhin Geltung haben soll. Mit Rücksicht auf die ungünstige Geschäftslage wurde der Spruch von beiden Parteien angenommen. Da der jeweilige Zimmerer-lohn als Norm gilt, beträgt unser Stundenlohn vom 11. April 1929 ab 1,58 M. — Durch intensive Werbung war es möglich, unseren Mitgliederstand etwas zu heben. Wir hatten einen durchschnittlichen Mitgliederstand von 261. Wegen der Festlegung der Lehrzeit von 3 auf 3½ und 4 Jahre ist von uns beim Arbeitsgericht und beim Innungs-schiedsgericht Einspruch und Klage geführt worden mit dem Erfolg, daß alle Lehrverträge, in denen eine über 3 Jahre hinausgehende Lehrzeit festgesetzt war, für ungültig erklärt

wurden. Nur die dreijährige Lehrzeit gilt! Unserer Jugendabteilung gehören jetzt 40 Lehrlinge an. Sie hält regelmäßig praktische Übungsabende ab. Eine bessere Beteiligung als bisher wäre wünschenswert. Zur Verringerung der Unfallgefahren wurde auch im verfloßenen Jahre um die Herbeiführung eines Verbots der feststehenden Fensterleite gekämpft. Durch aufklärende Artikel und Abbildungen in der Presse wurde die Öffentlichkeit auf die gefährvolle Fensterkonstruktion aufmerksam gemacht. Verhandlungen mit den maßgebenden Behörden haben jedoch nur zu der Möglichkeit geführt, die Fenster künftig so zu konstruieren, daß keine Gefahr beim Verglasen und Putzen mehr besteht. — Anschließend berichtete Szepanski noch von der Vertreterversammlung. — Nach der Aussprache wurde der Fachgruppenleitung Entlastung erteilt. Die bisherige Fachgruppenleitung, Otto Szepanski als Obmann, Friß Flieth als Stellvertreter und Martin Peters als Schriftführer, wurde wiedergewählt. Als Lohnkommission wurden gewählt die Kollegen: Szepanski, Flieth, Saumann und Maddaus. Als Vertreter zur Generalversammlung: die Kollegen Flieth und Fischer, als Ersatzmann der Kollege Thiesemann. Zu Türkontrolluren wurden die Kollegen Kauffmann und Flormann bestatigt. Bannerkommission bilden die Kollegen Flormann, Schröder und Wulff. — Kollege Müller berichtete noch über den Arbeitsmarkt.

Feuerungs- und Schornsteinmaler.

Waldenburg i. Schl. Die Kollegen, die von der Firma Olbrich, Gottesberg, für Feuerungsarbeiten in Bahnschacht (Stückstoffwerke) noch Nachzahlung zu fordern haben, können sie im Büro unserer Baugewerkschaft Waldenburg, Quenstraße 20, abholen. Beim Abholen ist das Mitgliedsbuch als Ausweis vorzulegen.

Töpfer und Fliesenleger.

Tschechische Schmutzkonkurrenz im Kachelofen-gewerbe. Die Arbeitslosigkeit in der deutschen Kachelofen-industrie beruht zum nicht geringen Teil auf der Einfuhr von im Ausland hergestellten Kacheln. Die ausländischen Kacheln sind billiger als die deutschen, was nicht zuletzt auf die niedrigen Löhne zurückzuführen ist. Ein solches Land der Schmutzkonkurrenz ist die Tschechoslowakei. Der Deutsche Kachelofenfabrikantenverband verbreitet nun ein Flugblatt, das auffordert zum Kampf gegen die Einfuhr ausländischer Kachelware, „Schutz dem deutschen Markt und der deutschen Arbeit“. Nach seinen Angaben sind die Löhne in der deutschen Kachelofenindustrie etwa 60 % und die Löhne der angeleiterten und unangeleiterten Arbeiter 100 bis 130 % höher als in tschechischen Ofenfabriken. Der Lohn mache 40 % des Preises der fertigen Kacheln aus und bestimme wesentlich den Preis der Kachel. Infolge der niedrigen Löhne in den tschechischen Ofenfabriken unter-bieten diese die Preise auf dem deutschen Markt. Es sei deshalb kein Wunder, daß die Einfuhr tschechischer Kachel-ware ständig stark gestiegen ist. Die Gesamteinfuhr von Kachelware betrug 1913 nur 112 100 kg. Allein von 1928 bis zum Jahre 1929 ist die Einfuhr von 1 136 800 kg auf 1 756 600 kg (175 Waggons à 10 Tonnen) gestiegen. Die Einfuhr tschechischer Kachelware hat sich 1929 gegenüber der Gesamteinfuhr von 1913 um das 16fache und gegenüber 1928 um mehr als die Hälfte erhöht. Die tschechische Ein-fuhr bedroht die Arbeits- und Existenzmöglichkeit der deutschen Ofenindustrie und ihrer Arbeiter. Tschechische Konkurrenz macht deutsche Arbeiter brotlos. — Die Dinge liegen in der Tat so, wie in dem Flugblatt geschildert. Die Arbeitslosigkeit in der deutschen Ofenindustrie macht alle mit irgendwelchen Handelsvertragsbeziehungen in Einklang zu bringenden Maßnahmen erforderlich, um die Existenz der Arbeiterchaft der deutschen Ofenindustrien zu sichern. Nach uns zugegangenen Angaben sind im vorigen Jahr allein nach Berlin rund 10 000 tschechische Kachelöfen ver-kauf worden. Was dies für die deutsche Kachelofen-industrie und für ihre Arbeiterchaft bedeutet, ist offenkundig. Offenkundig ist aber auch hier wie anderswo der merkwürdige Patriotismus deutscher Besitzender, die von jeher die billigere Arbeitskraft, und sei es auch zu Schand-löhnen, der deutschen Arbeitskraft vorzogen. Es genügt nicht, bei patriotischen Kundgebungen und in der angeblich national gesinnten Presse stets das Maul vollzunehmen vom „Schutz der deutschen Arbeit“, sondern es muß auch danach gehandelt werden. Also: Kauf deutsche Kachelware!

Magdeburg. Ueber das Ofenfeßgeschäft Zollweger & Sohn, Magdeburg-Cracau, Genthiner Straße 16, ist die Sperre verhängt worden. Die Firma soll für die Stedlung am Brückfeld die transportablen Kachelöfen liefern. Die dabei beschäftigten neun Kollegen haben aber in der Osterwoche keinen Lohn bekommen. Vom Sonnabend bis Mittwoch wurden sie hingekettelt, bis die Mitteilung kam, die Bank zahle kein Geld aus. Der Bauauftraggeber will den Lohn für die Kollegen nicht zahlen. Die Baustelle muß daher, bis die Kollegen zu ihrem verdienten Lohn gekommen sind, gesperrt bleiben. Kein Kollege darf für diese Bauten, solange die Differenzen nicht beseitigt sind, Arbeit annehmen. Sollten andere Firmen die Lieferung übernehmen wollen, muß erst der Lohn für die geschädigten Kollegen gezahlt werden.

Mannheim-Ludwigsbafen. (Fliesenleger.) Da es noch nicht möglich war, mit den Unternehmern ein neues Akkordpreisverzeichnis zu vereinbaren, machen wir erneut auf unseren Beschluß aufmerksam, wonach Umschau halten und Anfragen bei den Unternehmern verboten sind. — Jeder Kollege, der diesen Beschluß nicht beachtet, wird als Tarifbrecher betrachtet und dementsprechend behandelt. Sollten Kollegen Arbeitsangebote von Unternehmern erhalten, so bitten wir, uns davon Kenntnis zu geben. Wir warnen be-sonders vor der Firma Carl Grab in Ludwigsbafen. Sämtliche Zuschriften sind an die Baugewerkschaft Mannheim oder an den Fachgruppenobmann Friedr. Franz, Mannheim, Nr. 7. 40, zu richten.

Vom Bau

Solingen. (Bericht der Bauarbeiterchutz-kommission.) Schon in der Vorkriegszeit bestanden in den meisten Orten Bauarbeiterchutzkommissionen. Nach-dem in Solingen, unsere von gewissen „Kollegen“ 1924 zer-schlagene Organisation neu aufgebaut worden war, wurde vom Ortsausschuß des WGB, auch die Bauarbeiterchutz-kommission neu gebildet. Zur Durchführung ihrer Aufgaben

stellte er für das Jahr 1929 insgesamt 500 M zur Verfügung. Durch den langanhaltenden Frost im vorigen Jahre und die dadurch spät einsetzende Bauaktivität konnte auch die Bauarbeiterbeschäftigung erst spät mit ihrer Arbeit beginnen. — Es wurden im Berichtsjahr an 10 Tagen von 10 Kollegen sämtliche Baustellen im oberen Kreis Solingen und in Saan kontrolliert. Schon bei der ersten Kontrolle wurde festgestellt, daß unsere Tätigkeit im Jahre 1928 erzieherisch gewirkt hat. — Viele Mißstände, die im Vorjahr auf den Baustellen zu bemängeln waren, waren diesmal nicht anzutreffen. Besonderer Wert wurde auf die Kontrolle der Unterkunftsräume, den Inhalt der Werkbänke, auf den Gerüstbau und auf die Abdeckung der Balkenlagen gelegt. Dabei wurde festgestellt, daß bei den größeren Firmen meistens alles in Ordnung war; vor allen Dingen war genügend Gerüstbau und genügend Abdeckungsmaterial vorhanden. Bei den kleineren Unternehmern ist dieses meistens nicht der Fall. So heißt es beispielsweise in einem Bericht der kontrollierenden Kollegen: „Die Unternehmer besitzen nicht einmal soviel Gerüstbretter, daß sie im 3. Stockwerk die Balkenlagen abdecken können. Auf einem Gerüstbrett von 30 cm Breite schlangen sich 2 Hilfsarbeiter mit beladenen Steinbrettern aneinander vorbei, ein Fehltritt und sie stürzten 3 Stockwerke ab.“ In Ohligs wurde ein Polier auf das Gefährliche einer mangelhaften Abdeckung aufmerksam gemacht. Er meinte lakonisch: „Die jungen Leute sind ja heute alle im Turnverein.“ — Selbstverständlich wurden alle festgestellten Mißstände sofort der Baupolizei oder der Berufsgenossenschaft gemeldet. Wir konnten mit Genugtuung feststellen, daß meistens sofort eingeschritten wurde. So wurde einem Dachdeckermeister in Saan jede Weiterarbeit solange verboten, bis das vorgeschriebene Schutzgerüst angebracht war. — Die Bauarbeiterbeschäftigung hatte die bis zur Eingemeindung noch bestehenden 5 Stadtverwaltungen unseres Bezirks ersucht, die baupolizeilichen Vorschriften neu zu regeln und hatte hierzu den Entwurf einer Polizeiverordnung betreffend Arbeiterfürsorge auf Bauten eingereicht. Darauf wurde mitgeteilt, daß keine grundsätzlichen Bedenken gegen die eingereichte Polizeiverordnung beständen. Die weitere Verakung der Angelegenheit wurde dann wegen der Eingemeindung zurückgestellt. Später wurden uns dann Abänderungsvorschläge zugesandt. Es ist zu erwarten, daß bis zum Beginn des Baujahres die Verhandlungen abgeschlossen werden können. — Die Arbeit der Bauarbeiterbeschäftigung hat im Berichtsjahr erneut bewiesen, wie notwendig sie ist. Alle Kollegen sollen aber auch selbst darauf dringen, daß die baupolizeilichen Vorschriften sowie die der Berufsgenossenschaften auf das strengste befolgt werden. Pflicht eines jeden ist es, freudig und unermüdet mitzuarbeiten für besseren Schutz seines kostbaren und unersetzlichen Gutes, seiner Gesundheit und Arbeitskraft!

Aus der Sozialen Bauwirtschaft

Geschäftsbericht der Bauhütte Chemnitz G. m. b. H.
 Das Wirtschaftsergebnis findet seinen Ausdruck in einer Gesamtproduktion von 5 051 244 M; gegenüber dem Vorjahre bedeutet das eine weitere Steigerung um 1 129 261 M oder rund 29 Prozent. An der Produktion sind beteiligt: die Genossenschaften mit 78,94 Prozent, die Gemeinden und Behörden mit 18,47 Prozent und die Privaten mit 2,59 Prozent. Die wichtigsten Aufträge waren die Neubauten der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die in Chemnitz ihre Niederlassung gewaltig vergrößert hat. Wohnungen wurden 262 errichtet, woran die Allgemeine Bauwesen-Gesellschaft den Hauptanteil hat. Der Materialverbrauch war sehr groß; es wurden verarbeitet: 9 600 000 Stück Ziegel, 19 000 Tonnen Sand, 1025 Tonnen Zement, 5000 cbm Holz usw. Der Personalbestand stieg von 296 Beschäftigten im Januar bis auf 1013 im Monat August und sank mit abflauernder Konjunktur wieder bis auf 622 im Monat Dezember. Die Ertragsrechnung weist nach entprechenden Abschreibungen und notwendigen Rückstellungen einen Reingewinn von 46 666 M aus. Der Bericht enthält schließlich noch einen Aufsatz: „Katastrophaler Sturz der Chemnitzer Wohnbauwirtschaft“, in dem die Ursachen der Chemnitzer Bauwirtschaft beleuchtet werden, ferner eine Tabelle über die Bewegung der Tariflöhne und die Baukostenpreise sowie die Bilanz mit Ertragsrechnung. Die reich illustrierte Schrift ist nicht nur als Geschäftsbericht, sondern gleichfalls als eine bauwirtschaftliche Uebersicht zu bewerten, die sicherlich allgemeines Interesse finden wird. Interessenten können den Geschäftsbericht unter Aufgäbe ihrer Adresse unentgeltlich beziehen in der Geschäftsstelle der Bauhütte Chemnitz G. m. b. H., Chemnitz-Gablenz, Rotdorn 2.

Allgemeine Rundschau

„Rote“ Betriebsräte. Bei einer Firma in Berlin-Mariensfelde wurde diesmal getreu der Parole der KPD eine sogenannte Oppositionsliste eingereicht, auf die 373 Stimmen entfielen und damit 5 Mandate im Arbeiterrat und 4 im Betriebsrat. Die freigewerkschaftliche Liste bekam 520 Stimmen und 6 Mandate im Arbeiterrat und 5 im Betriebsrat. Bei der ersten Sitzung des Arbeiterrats mit der Direktion fragte Direktor J. die „rote Fraktion“, wie sie sich zu den Schimpereien in der „Roten Fahne“ vom 3. April und dem „Stockproleten“ stellt. Darauf der Führer der roten Liste: „Herr Direktor, wir sind keine Kommunisten und lesen keine „Rote Fahne“. Von dem Inhalt des „Stockproleten“ weiß ich nichts, dieser ist ohne unser Zutun gedruckt worden.“ — Darauf der Direktor: „Meine Herren, soviel Geist hätte ich Ihnen aber zugebracht, daß Sie Ihr Flugblatt ohne Hebamme fertigbekommen. Außerdem habe ich mich gewundert, daß man das Organisationsverhältnis im Betriebe durch Flugblätter an die Laternen hängt. Früher hat man den Unternehmer darüber im dunkeln gelassen. Soviel Dummheit ist mir noch nicht vorgekommen.“ — Der Fraktionsführer der „roten Liste“ unterzeichnete schließlich folgendes Schriftstück, das am anderen Tage im Betriebe als Bekanntmachung erschien:

„Bei der heutigen Vorstellung des Arbeiterrats erklärt die Fraktion der roten Liste bezüglich der Artikel, welche die „Rote Fahne“ am 3. April 1930 und der am Wahltag verteilte „Stockprolet“ gebracht haben, daß sie zu den dort veröffentlichten Mitteilungen nicht steht und sie in vollem Umfange fallen läßt, da sie auf Unwahrheiten beruhen.
 Berlin-Mariensfelde, den 12. April 1930.
 gez.: Der Obmann der Roten Fraktion.

Wir bringen diese Erklärung hiermit unserer Belegschaft zur Kenntnis.
 gez.: N. Stock u. Co., Akt.-Ges., Berlin-Mariensfelde.“
 Die Folge davon war, daß der Listenfürher der „roten“ Liste zurücktrat.

Schlechte Baukonjunktur. Nach den an das statistische Reichsamt berichtenden 89 Städten liegen die Anträge zum Bau von Wohnungen um 37% unter den Bauanträgen des entsprechenden Monats von 1929. Die Zahl der Bauerlaubnisse blieb gegenüber Februar 1929 bei den Wohnungen um 30% zurück. Die Bauanträge für öffentliche und gewerbliche Bauten waren im Monat Februar um 11% höher als im Jahre zuvor. Im großen und ganzen zeigen diese Ziffern, daß die Baukonjunktur nach wie vor schlecht ist. Draußen stehen Arbeitslose nach Millionen beziffert und hier wird eine Schlüsselindustrie künstlich gedrosselt.

Die Beiträge sind das Fundament unseres Bundes!
 Für die Woche vom 4. bis 10. Mai ist der 19. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

500 000 Arbeitslose mehr als im Vorjahr. Am 1. April 1930 war die Arbeitslosigkeit um rund 500 000 höher als im gleichen Termin des Vorjahres. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. April ist die Entlastung des Arbeitsmarktes nur langsam fortgeschritten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in dieser Zeit um rund 195 000 Personen auf 1 859 000 zurückgegangen. In der Kräfteunterstützung erhöhte sich die Zahl der Unterstügten um 8700 auf 302 000. Insgesamt wurden also Mitte April 2 160 000 Arbeitslose unterstügt. Gegenüber Ende Februar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund eine halbe Million zurückgegangen. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist aber die Zahl der unterstügten Arbeitslosen um 480 000 höher. — Ein sehr betrübliches Zeichen ist es, daß die Arbeitslosigkeit in solch geringem Maße abnimmt. Es ist möglich, daß auch die nächsten Wochen noch eine Abminderung der Arbeitslosenziffern bringen. Die Aussichten sind aber gering, wenn man bedenkt, daß die Großindustrie in ziemlich erheblichem Umfange Arbeitskräfte abstößt. Die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand tragen weiter zur Verfestigung des Arbeitsmarktes bei. Inzwischen macht auch die Rationalisierung Fortschritte und sehr Arbeitskräfte frei. Alle Maßnahmen tragen insgesamt dazu bei, den Arbeitsmarkt weniger aufnahmefähig zu gestalten. Die Aussichten sind also sehr trübe. Kein Mensch kann voraussehen, wann einmal jener Umschwung eintritt, der so dringend erforderlich ist.

Man erwartet den Zustrom von 1 Milliarde Auslandskapital. Der deutsche Kapitalmarkt weist nach wie vor eine starke Flüssigkeit auf. In den nächsten Monaten ist der Zustrom weiterer Geldmittel zu erwarten. Aus der Kreuger-Anleihe strömen dem Reich in kurzer Zeit 460 Millionen zu. Außerdem wird zurzeit die Mobilisierungsanleihe der Bank für internationalen Zahlungsausgleich aufgelegt, aus der Deutschland 400 Millionen Mark zu erwarten hat. In Amerika werden ferner Freigabegelder flüssig gemacht und Banken und Industrieunternehmen haben aus Amerika noch ansehnliche Summen beschlagnahmte Gelder zu erwarten. Alles in allem kann man damit rechnen, daß in den nächsten Monaten ein Geldzustrom von mindestens 1000 Millionen Mark eintreten wird. Seit Jahresbeginn sind bereits 350 Millionen Mark Auslandsgelder nach Deutschland geflossen. Er wird dann wohl nicht an Betriebskapital fehlen. Woran es aber fehlen wird, das ist der frische Wagemut, die vorhandenen Geldmittel mit den ebenfalls vorhandenen Arbeitskräften in Verbindung zu bringen, damit sie gemeinsam in richtiger Weise eingesetzt werden können. Statt dessen werden die Unternehmer an dem Problem basteln, wie die Löhne herabgesetzt und die Arbeiter schikaniert werden können.

Die Konsumvereine wehren sich. Der Schlag, den die Regierung Brünning gegen die Konsumvereine geführt hat, führte zu einer erfreulichen Gegenwirkung. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau Nr. 17 ist fast ausschließlich der „Spitzbubenpolitik“ der derzeitigen Regierungsmehrheit gewidmet. In scharfen Wendungen wird die verbraucherfeindliche Maßnahme kritisiert. Aber auch die einzelnen Konsumgenossenschaften sind nicht untätig. Durch öffentliche Kundgebungen fordern sie zur verstärkten Werbetätigkeit auf. Wir sind nicht im Zweifel darüber, daß diese Werbeaktion Erfolge zeitigen wird. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen es sich zur Pflicht machen, den Konsumgenossenschaften in jeder Form beihilflich zu sein. Noch stehen Millionen Familien abseits der Verbrauchergenossenschaften. Von 14 Millionen Haushalten sind erst 3 Millionen den Konsumgenossenschaften angeschlossen. Gelingt es, diese träge Masse durch die Abwehraktion in Bewegung zu bringen, dann erweist sich die Regierung Brünning als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will, aber das Gute schafft.

Wohnungselend und Kriminalität. Daß das Wohnungselend mit der Kriminalität in engstem Zusammenhang steht, ist eine bekannte Tatsache. Auf der Würzburger Tagung der Gesellschaft für Bodenreform sprach der frühere Reichsgerichtspräsident Professor Dr. Simon über das Thema „Heimstättenfrage und Strafrechtsreform“. In diesem Zusammenhang führte der Redner u. a. folgendes aus: „Ein einziger entschlossener Schritt in der Heimstättenbewegung schafft mehr Nutzen als die ganze Strafrechtsreform! Kommen wir zu einer kraftvollen Bodenreform, dann können wir uns über die Strafrechtsreform Zeit lassen; lassen wir aber dem jetzigen kapitalistischen System Zeit, sich im Wohnungswesen der Großstadt auszuwirken, dann wird auch die beste Strafrechtsreform nicht helfen. Gewiß ist nicht die ganze Kriminalität auf die ungenügende Verteilung des Wohnraums zurückzuführen, aber es gibt doch ganze Kategorien

von Vergehen und Verbrechen, zu denen das unnatürliche Wohnungselend den Anlaß, mindestens die Gelegenheit gegeben hat. Das Zusammenleben vieler Familien in den Großstadtkasernen führt zu einer seelischen Reibungselektrizität, die sich in allerlei Gesetzwidrigkeiten entladen muß. Die gemeinsame Benutzung der Boden- und Kelleräume usw. erzeugt viele kleinere Delikte. Viel zu intim kümmert sich die eine Mietpartei um das Leben der anderen. Das Kostgänger- und Schlafburschenswesen liefert den Boden für viele Sittlichkeits- und Eifersuchtsdelikte. Das schwere Kapitel der Abtreibung hängt eng mit dem Wohnungselend zusammen. Gewiß hat die Geburtenbeschränkung ihren Ausgang in den Luxuswohnungen genommen, aber der ungeheure Umfang, den sie jetzt angenommen hat, ist ganz wesentlich darauf zurückzuführen, daß die jungen Paare kein Heim haben, in dem Raum für Kinder ist. Bezeichnend ist dafür die Verfügung eines Leipziger Wohnungsamts, daß junge Ehepaare auf bevorzugte Behandlung in der Wohnungsliste erst dann Anspruch haben, wenn das dritte Kind erwartet wird. Wer mit Rücksicht auf das Wohnungselend die Straffreiheit für Abtreibung fordert, der will das Uebel an den Symptomen kurieren. Richtig lautet eine Forderung: Weil das Wohnungselend zur Abtreibung führt, darum schafft dem jungen Paar eine Heimstätte! An eine dauernde Besserung entlassener Strafgefangener ist nicht zu denken, wenn sie aus der Gefängniszelle in dasselbe Wohnungselend zurückkehren, das sie dem Verbrechen in die Arme getrieben hat.“ — Diesen Worten braucht nichts hinzugefügt werden. Wer für die körperliche und geistige Gesundheit des Volkes eintreten will, muß an der Beseitigung des Wohnungselends arbeiten. Arbeitskräfte stehen in Hülle und Fülle zur Verfügung. Die Mobilisierung des Kapitalmarktes müßte bei einigermaßen gutem Willen möglich sein. Soffentlich kommen wir einmal dazu, daß der Wohnungsbau energisch gefördert werden kann.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgeschlossen wurden entsprechend § 16 Ziffer 2 der Bundesstatuten vom Bundesvorstand: Karl Düllgen, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Düsseldorf, geb. 21. Mai 1903, eingetreten 17. November 1924 (741 953); Richard Mandke, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Frankfurt a. d. O., geb. 1. April 1900, übergetreten 21. September 1929 (848 581); Walter Chemnitz, Maurer, Baugewerkschaft B r r a c h, geb. 10. September 1901 in Rudolstadt, eingetreten 14. September 1925 (199 412); Michael Kogmirack, Baugewerkschaft R i e s a / S a., geb. 18. September 1898 in Wokolawa (Polen), eingetreten 8. März 1924 (308 659); von der Baugewerkschaft K i e l : S. Anders, Maurer, geb. 22. Juli 1891 in Magdshw, eingetreten 3. Oktober 1913 (186 644); R. Reinecke, Arbeiter, geb. 1. Oktober 1905 in Kiel, eingetreten 5. Mai 1928 (658 323).

Verlorengelangen ist die Reisekarte Nr. 749 des Kollegen Wilhelm Lohmann, geb. 21. Mai 1911 in Hamburg, eingetreten 30. Juni 1925 zu Lüneburg. Die Reisekarte ist, im Falle sie gefunden und abgegeben wird, an den Bundesvorstand einzulenden.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Brandenburg. (Riemeg.) Wilhelm Hintze, M., 73 J. Dessau. Hermann Salomon, Maurer, 41 Jahre alt. Dresden. August Leuthold, Maurer, 57 Jahre alt. Edmund Löwe, Maurer, 49 Jahre alt. Königsberg. Gustav Bärwald, Buzer, 61 Jahre alt. Landsberg W. (Lippehne.) W. Schoenemann, M., 73 J. (Altkarbe.) Julius Sonnenburg, Tiefbauarb., 47 J. Magdeburg. (Mötern.) Wilh. Banner, Maurer, 57 J. Mainz. (Kostheim.) Sebastian Roos, Maurer, 73 J. München. (Schwabing-West.) M. Hausladen, M., 59 J. Nordingen. Friedrich Lang, Maurer, 41 Jahre alt. Nürnberg. (Herzogenaurach.) Valentin Baier, M., 46 J. Paderborn. Albert Pohlmann, Maurer, 68 Jahre alt. Peifferswitz. (Steindorf.) Paul Birne, Maurer, 59 J. alt. (Mintken.) Ernst Ruhm, 55 Jahre alt. Plauen. Erno Schefewitz, Maurer, 50 Jahre alt. Schweinfurt. Georg Moritz, Maurer, 58 Jahre alt. Schwerin. Joachim Hagen, Erdarbeiter, 70 Jahre alt. Heinrich Schwampe, Hilfsarbeiter, 55 Jahre alt. Senftenberg. Hermann Hielscher, Hilfsarb., 67 J. alt. (Hoyerswerda.) Friedr. Wiener, Maurer, 51 J. alt. Steinf. Wilhelm Gerbrecht, Ofenfejer, 67 Jahre alt. Richard Kiehn, Maurer, 53 Jahre alt. Zittau. (Olbersdorf.) Kurt Nitsche, Ofenfejerlehrl., 16 J. Ehre ihrem Andenken!

Baugewerkschaft Rüstingen.
 Um Enttäuschungen vorzubeugen, bitten wir die reisenden Kollegen, Wilhelmshaven zu meiden, da hier zurzeit noch 70 Proz. der Mitglieder arbeitslos sind.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Sitz Hamburg, (Zuschußkasse).

Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands hat dem deutschen Volke in allen seinen Schichten schwere und tiefe Wunden eingegeben. Die wenigen Vermittel, die der einzelne noch in der Hand hat, reichen nicht im entferntesten aus, um erwartete Ausgaben, wie sie bei Krankheit oder im Sterbefall notwendigweise verbunden sind, zu decken. Oft werden in überfluteter Weise Schulden gemacht, um aber die unvermeidlichen Kosten aufzubringen. In solchen Fällen zu helfen und die Not zu lindern, ist Aufgabe der unter Reichsaufsicht stehenden obengenannten Kasse, die kein Erwerbsunternehmen ist, sondern ein gemeinnütziges Unternehmen mit sehr niedrigen Beiträgen. Die Kasse bietet im Krankheits- und Sterbefall bei nur einem Beitrag vor:

1. Klasse: 70 M ein wöchentliches Krankengeld von 12,30 M, im Sterbefall eine Unterstützung bis 112 M
2. Klasse: 60 M ein wöchentliches Krankengeld von 10,50 M, im Sterbefall eine Unterstützung bis 96 M
3. Klasse: 50 M ein wöchentliches Krankengeld von 8,75 M, im Sterbefall eine Unterstützung bis 80 M
4. Klasse: 40 M ein wöchentliches Krankengeld von 7,00 M, im Sterbefall eine Unterstützung bis 64 M

Darum ist es Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters, eine Doppelversicherung in unserer Kasse einzugehen. — Anmeldungen nehmen alle Baugewerkschaften, sowie unsere an 350 Orten bestehenden Ortsverwaltungen sowie die Zentrale unserer Kasse, Hamburg, Wallstraße 11, entgegen. S. U. A. Weg.

